

18. Wahlperiode



Deutscher Bundestag
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend
Unterausschuss "Bürgerschaftliches Engagement"

Kurzprotokoll der 18. Sitzung

Unterausschuss "Bürgerschaftliches Engagement"

Berlin, den 11. November 2015, 17:00 Uhr
Jakob-Kaiser-Haus
Sitzungssaal 1.302

Vorsitz: Willi Brase, MdB

Tagesordnung

Tagesordnungspunkt 1

Seite 6

Fachgespräch zu dem Thema "Aktuelle Herausforderungen und Probleme von zivilgesellschaftlichen Organisationen und Initiativen bei der ehrenamtlichen Flüchtlingsbetreuung in den Kommunen"

Tagesordnungspunkt 2

Seite 24

Verschiedenes



Tagungsbüro



Deutscher Bundestag

**Sitzung des Unterausschusses Bürgerschaftliches Engagement
(13. Ausschuss)**

Mittwoch, 11. November 2015, 17:00 Uhr

Anwesenheitsliste

gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes

Ordentliche Mitglieder	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder	Unterschrift
CDU/CSU		CDU/CSU	
Pahlmann, Ingrid		Irlstorfer, Erich	_____
Pantel, Sylvia	_____	Koob, Markus	_____
Patzelt, Martin		Schiewerling, Karl	_____
Steiniger, Johannes		Steffel Dr., Frank	_____
Stier, Dieter	_____	Stefinger Dr., Wolfgang	_____
Wellenreuther, Ingo	_____	Strenz, Karin	_____
Zollner, Gudrun	_____	Wendt, Marian	_____
SPD		SPD	
Bahr, Ulrike		Engelmeier, Michaela	_____
Brase, Willi		Junge, Frank	_____
Diaby Dr., Karamba		Rix, Sönke	_____
Stadler, Svenja		Schlegel Dr., Dorothee	
DIE LINKE.		DIE LINKE.	
Hein Dr., Rosemarie		Werner, Katrin	_____
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Schulz-Asche, Kordula		Schauws, Ulle	_____

Stand: 4. November 2015

Referat ZT 4-Zentrale Assistenzdienste, Luisenstr. 32-34, Telefon: +49 30 227-32659, Fax: +49 30 227-36339



Tagungsbüro



Deutscher Bundestag

04.

**Sitzung des Unterausschusses Bürgerschaftliches Engagement
(13. Ausschuss)**

Mittwoch, 11. November 2015, 17:00 Uhr

	Fraktionsvorsitz	Vertreter
CDU/CSU	_____	_____
SPD	_____	_____
DIE LINKE.	_____	_____
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	_____	_____

Fraktionsmitarbeiter

Name (Bitte in Druckschrift)	Fraktion	Unterschrift
Claudia Böhr	DIE LINKE	
Annette Romsd	B90/Grüne	
Franziska Gehle	B90/Grüne	
_____	_____	_____
_____	_____	_____
_____	_____	_____
_____	_____	_____
_____	_____	_____
_____	_____	_____
_____	_____	_____

Stand: 20. Februar 2015
Referat ZT 4 – Zentrale Assistenzdienste, Luisenstr. 32-34, Telefon: +49 30 227-32659, Fax: +49 30 227-36339



Tagungsbüro

Sitzung des Unterausschusses Bürgerschaftliches
Engagement (13. Ausschuss)
Mittwoch, 11. November 2015, 17:00 Uhr

Seite 3

Bundesrat

Land	Name (bitte in Druckschrift)	Unterschrift	Amts- bezeichnung
Baden-Württemberg	Schwander, Kristin	K. Schwander	Präsidentin
Bayern			
Berlin			
Brandenburg	Schneider, Patrick	P. Schneider	Min.
Bremen			
Hamburg			
Hessen	Matthias Niederd KRÜGER	M. Niederd S. Krüger	Min. REP
Mecklenburg-Vorpommern			
Niedersachsen	Ungeheuer	Ungeheuer	NRW
Nordrhein-Westfalen			
Rheinland-Pfalz			
Saarland			
Sachsen			
Sachsen-Anhalt			
Schleswig-Holstein			
Thüringen			

Stand: 20. Februar 2015

Referat ZT 4 – Zentrale Assistenzdienste, Luisenstr. 32-34, Telefon: +49 30 227-32659, Fax: +49 30 227-36339



Tagesordnungspunkt 1

Fachgespräch zu dem Thema „Aktuelle Herausforderungen und Probleme von zivilgesellschaftlichen Organisationen und Initiativen bei der ehrenamtlichen Flüchtlingsbetreuung in den Kommunen“

Der **Vorsitzende** begrüßt die Anwesenden zur öffentlichen 18. Sitzung des Unterausschusses „Bürgerschaftliches Engagement“, in der es um die aktuellen Herausforderungen und Probleme von zivilgesellschaftlichen Organisationen und Initiativen bei der ehrenamtlichen Flüchtlingsbetreuung in den Kommunen gehe. Das Thema bewege seit Monaten sowohl die Gesellschaft insgesamt, aber auch die zivilgesellschaftlichen Organisationen sowie die vielen ungebundenen und gebundenen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer.

Bevor man mit den Vorträgen der Sachverständigen beginne, wolle er auf einen Mitgliederwechsel in der SPD-Fraktion hinweisen: Der Kollege Dr. Karamba Diaby sei als ordentliches Mitglied aus dem Unterausschuss ausgetreten. An seiner Stelle werde die Kollegin Dr. Dorothee Schlegel, die dem Unterausschuss bisher als stellvertretendes Mitglied angehört habe, ordentliches Mitglied. Neues stellvertretendes Mitglied werde die Kollegin Ulli Nissen.

Zu Beginn der Sitzung wolle er die Sachverständigen des Fachgespräches herzlich willkommen heißen: Frau Birgit Burse von der Freiwilligenagentur Magdeburg, Herrn Superintendenten Christian Berndt vom Kirchenkreis Winsen, Herrn Norbert Grehl-Schmitt vom Förderverein Pro Asyl, Herrn Heinrich Helms vom Bündnis für Flüchtlinge Buchholz, Herrn David Kreuziger von der Johanner-Unfall-Hilfe und Herrn Dirk Ulrich vom THW-Landesverband Berlin, Brandenburg und Sachsen-Anhalt. Er bitte alle Sachverständigen um Zeitdisziplin bei ihren Eingangsvorträgen, damit ausreichend Zeit für die Nachfragen der Mitglieder und die Diskussion bleibe. Es beginne Herr Helms vom Bündnis für Flüchtlinge Buchholz.

Herr **Heinrich Helms** (Bündnis für Flüchtlinge Buchholz) bedankt sich zunächst für die Einladung und die Gelegenheit, einen Beitrag zu dem

wichtigen Thema leisten zu können, das der Unterausschuss in seiner heutigen Sitzung behandle. Er spreche dabei nicht nur für die Flüchtlingsinitiative in Buchholz, sondern er bringe auch die Erfahrungen des runden Tisches im Landkreis Harburg ein, der sich vor kurzem zur Lösung der Probleme und Herausforderungen im Bereich der Flüchtlingshilfe gebildet habe.

Ein ganz zentraler Punkt sei das Erlernen der deutschen Sprache. Sprachkurse müssten daher für die Flüchtlinge verpflichtend sein, die Kommunen müssten umgekehrt aber auch verpflichtet werden, diese anzubieten. Im Landkreis Harburg gebe es derzeit zwei Willkommenskurse für Flüchtlinge pro Kommune. Dies sei angesichts der Zahl der ankommenden Flüchtlinge bei weitem nicht ausreichend. Inzwischen habe man aus Spendenmitteln einen eigenen Willkommenskurs auf die Beine gestellt, was aber – aus seiner Sicht – nicht die Aufgabe von Ehrenamtlichen sein könne, sondern hier sei eigentlich der Staat in der Pflicht. Für das Erlernen der deutschen Sprache seien zudem Lehrbücher notwendig, die man zurzeit ebenfalls aus Spendenmitteln finanziere. Wünschenswert wäre es, wenn es – analog wie bei sogenannten Hartz IV-Empfängern – Zuschüsse für den Kauf von Lehrbüchern gäbe, damit diese kostenlos ausgegeben werden könnten. Wichtig sei auch die Möglichkeit, an staatlichen Schulen unentgeltlich Bildungsabschlüsse machen zu können. In Buchholz unterstütze man zurzeit zwei Flüchtlinge mit Spendengeldern, die im Landkreis den Hauptschulabschluss nachmachten. Sehr hilfreich wäre darüber hinaus, wenn es eine Internetplattform mit Qualitätsstandards für den Deutschunterricht gäbe. Derzeit habe man viele unterschiedliche Kurse, die mit unterschiedlichen Lehrbüchern und unterschiedlichen Qualitätsstandards arbeiteten. Die Entwicklung einer gemeinsamen Plattform mit einheitlichen Kriterien, an denen sich alle orientieren könnten, wäre daher sehr nützlich.

Ein weiteres wichtiges Problem für Flüchtlinge seien die Schreiben, die sie von den Ämtern erhielten. Diese seien oft in einer Art und Weise verfasst, dass sie selbst von Deutschen kaum zu verstehen seien, was wahrscheinlich jeder nachvollziehen könne, der schon einmal einen Bescheid vom Amt erhalten habe. Schreiben, bei denen es z. B. um die



Anerkennung oder das Erbringen von Nachweisen gehe, müssten in die jeweilige Landessprache übersetzt werden. Dies sei bisher nicht der Fall und binde daher sehr viel Zeit von Ehrenamtlichen, die sich – neben der Begleitung der Flüchtlinge zu Behörden und vielen anderen Aufgaben – um entsprechende Übersetzungen kümmern müssten, was zudem Geld koste. Es sei daher zwingend erforderlich, mehr Mittel für den Sprachbereich zur Verfügung zu stellen.

Die Finanzen seien sowieso ein großes Thema für die Ehrenamtlichen. Viele brächten nicht nur viel Zeit für ihren ehrenamtlichen Einsatz ein, sondern häufig darüber hinaus auch Geld. Sie führen z. B. auf eigene Kosten mit Flüchtlingen zum Ausländeramt oder zur Rechtsberatung oder verfassten Briefe für die Flüchtlinge, für die Portokosten anfielen. Auf diese Weise kämen schnell erhebliche Summen zusammen, die in der Regel von den Ehrenamtlichen aus eigener Tasche bezahlt würden. Daher wäre die Schaffung eines entsprechenden Unterstützungstopfes für ehrenamtliches Engagement hilfreich. Dies gelte im Übrigen auch für Sachkosten, wie z. B. den Druck von Broschüren. In Buchholz habe man einen sehr schönen Refugees-Guide in mehreren Sprachen erstellt, der derzeit glücklicherweise kostenlos von einem Print-Haus gedruckt werde. Wäre dies nicht der Fall, müsste man hierfür Spendenmittel einsetzen. Diese seien im Moment zwar noch vorhanden, es sei aber nicht vorhersehbar, ob die Spendenbereitschaft im bisherigen Umfang dauerhaft bestehen bleiben werde.

Ein großes Problem in Buchholz, wie auch in anderen Kommunen, sei die Zahl der Sozialarbeiter in den Einrichtungen. In Buchholz habe man einen Betreuungsschlüssel, wonach ein Sozialarbeiter maximal 90 Personen betreuen solle. In der Realität betreue ein Sozialarbeiter aber bereits seit Monaten 150 Personen. Besserung sei im Moment nicht in Sicht, da auf dem Arbeitsmarkt kaum mehr Sozialarbeiter zu finden seien, was auf Dauer ein unhaltbarer Zustand sei. Dieser Befund verstärke sich, wenn man die Situation bei anderen Behörden einbeziehe. In der Ausländerbehörde des Landkreises Harburg leiste man z. B. Amtshilfe bei der Erstaufnahme. Allein in der letzten Woche seien dort 600 Flüchtlinge mit Bussen angekom-

men. Die Folge sei, dass man sich dort nur noch um die Akutversorgung kümmern könne, was wiederum dazu führe, dass die Anliegen der Ehrenamtlichen nicht mehr ausreichend berücksichtigt werden könnten, was bei diesen Frustration und Ärger hervorrufe. Zusammenfassend sei zu konstatieren, dass es ohne hauptamtliche Unterstützung keine gute ehrenamtliche Arbeit gebe und umgekehrt. Eine Aufstockung der Personalressourcen sei daher dringend erforderlich. Dem Sozialdezernenten des Landkreises Harburg habe er versprochen, hier in Berlin den Hilferuf und nachdrücklichen Hinweis kundzutun, dass man in den Kommunen mit den Kräften fast am Ende sei. Man hoffe, dass diese Botschaft endlich auch beim Bund ankomme.

Ein wichtiger Punkt sei die Förderung der interkulturellen Kompetenz. Denn das Zusammenleben unterschiedlicher Kulturen könne zu Konflikten führen. Daher wären Qualifizierungskurse sowohl für die Ehrenamtlichen als auch für die Flüchtlinge sehr wichtig, wofür zusätzliche Finanzmittel erforderlich seien. Viele Ehrenamtliche, die sich in die Flüchtlingsarbeit engagieren wollten, wüssten z. B. oft nicht, wie sie rechtlich abgesichert seien, was sie überhaupt tun dürften und wieweit ihre Hilfe für Flüchtlinge reichen dürfe. Entsprechende Kursangebote und Referenten seien dünn gesät, weil es oft an Geld fehle. Dasselbe Problem gebe es bei Kursangeboten für Flüchtlinge, bei denen diese etwas über die hiesige politische Kultur und die hier geltenden Werte und Normen lernen könnten. Spare man hier an der falschen Stelle, könne dies erhebliche Konflikte nach sich ziehen.

Ein weiterer Punkt seien die bei den Flüchtlingen zum Teil vorhandenen schweren Traumata, mit denen die Ehrenamtlichen häufig konfrontiert seien. Man habe z. B. einen Fall, wo ein traumatisiertes Kind monatelang in einer Container-Unterkunft habe wohnen müssen, wodurch sich sein Zustand nicht verbessert habe. Mit solch schwierigen Situationen müssten Ehrenamtliche umgehen und hierfür benötigten sie eine Art Supervision. Ein entsprechendes Angebot habe man in einzelnen Fällen organisieren können, aber die Kapazitäten seien schnell erschöpft gewesen. Hier müsse daher im Sinne der Flüchtlinge und der Ehrenamtlichen dringend etwas geschehen.



Probleme bereiteten auch die weitreichenden Datenschutzvorschriften. Es habe sich z. B. eine Gruppe gegründet, die sich „Arbeit und Ausbildung“ nenne. Diese versuche, Flüchtlingen durch intensive Kontakte zur Wirtschaft vor Ort einen Job zu verschaffen. Dafür sei nun einmal die Erhebung einiger Daten erforderlich. Hier wäre es hilfreich, wenn mit den haupt- und ehrenamtlichen Flüchtlingsbetreuern schriftliche Vereinbarungen getroffen werden könnten, dass die Erhebung basaler Daten, die für eine Kontaktaufnahme notwendig seien, datenschutzrechtlich zulässig sei.

Herr **Christian Berndt** (Kirchenkreis Winsen) erklärt einleitend, als zweiter Referent aus dem Landkreis Harburg wolle er die kirchliche Perspektive auf das Thema „Flüchtlingsarbeit“ einbringen. Als die ersten Flüchtlinge vor zwei Jahren in die Kreisstadt Winsen gekommen seien, habe man – für die Kirche durchaus untypisch – sehr spontan reagiert. Man habe im Gemeindehaus eine Kaffeemaschine gehabt und habe dort einfach ein Internationales Café als niederschwellige Begegnungsmöglichkeit gegründet, wo sich Flüchtlinge und einheimische Bevölkerung jeden Samstag drei Stunden treffen und kennenlernen könnten. Dieses Angebot habe sich sehr bewährt. Andere Angebote, die ursprünglich auch dort angesiedelt gewesen seien, hätten sich inzwischen ausdifferenziert und seien von anderen übernommen worden. Das DRK kenne sich z. B. besser mit Altkleidern, der ADFC besser mit Fahrrädern aus etc. Inzwischen gebe es 13 solcher Begegnungscafés im Landkreis. Dies habe die Kultur und den Umgang mit den Flüchtlingen verändert. Das Engagement verändere aber auch die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer. Eine von ihnen, Ingrid, 70 Jahre alt, die seit langem Probleme mit ihrer Hüfte habe und seit einem Jahr im Internationales Café aktiv sei, habe ihm erklärt: „Es ist verrückt, was wir alles erleben, aber ich kann jetzt wieder Treppen laufen.“

Großen Wert lege man auf die Betreuung der Ehrenamtlichen. Alle sechs Wochen treffe man sich zu einer Art Supervisionsgespräch, wo man bestimmte Themen aufarbeite. Es gebe auch eine verstärkte, gut funktionierende Vernetzung der beteiligten Organisationen auf Landkreisebene.

Bevor er zu einigen kritischen Anmerkungen komme, wolle er eine Reihe von positiven Aspekten erwähnen, weil er den Eindruck habe, dass – im Vergleich zum Rest des Landes – im Landkreis Harburg vieles sehr gut laufe. Es gebe eine gute und offene Kommunikation untereinander, was viel mit den handelnden Personen sowohl bei den Ehrenamtlichen als auch bei den Hauptamtlichen zu tun habe. Er wolle kurz drei Beispiele für die Zusammenarbeit mit dem Landkreis ansprechen:

Erstes Beispiel: Bereits kurz nach der Gründung des Internationalen Cafés im Jahr 2013 hätten die Ehrenamtlichen den dringenden Appell formuliert, dass es notwendig sei, den Flüchtlingen etwas Sinnvolles zu tun zu geben, da diese ansonsten in den Unterkünften „versauern“ würden. Zusammen mit der Geschäftsführerin des Herbergsvereins einer diakonischen Einrichtung sei er im Dezember 2013 beim Landkreis gewesen, wo man gemeinsam ein Konzept zur Beschäftigung von Flüchtlingen entwickelt habe, das im April 2014 an den Start gegangen sei. Es erlaube Flüchtlingen, gemeinnützige Arbeit zu verrichten. Dies sei damals einmalig im Land gewesen und werde bisher noch viel zu wenig kopiert. Das Konzept habe einen Mehrwert für die Flüchtlinge, die dadurch eine zusätzliche Motivation hätten, morgens aufzustehen, aber auch für die Ehrenamtlichen, weil sie den Eindruck hätten, dass die Flüchtlinge auf einem guten Weg seien. Dieses Konzept mit inzwischen erfolgten 450 Vermittlungen, von denen über 250 Flüchtlinge noch aktiv seien, funktioniere nur dank des ehrenamtlichen Engagements.

Zweites Beispiel: Fast reflexartig habe der Landkreis alle Großunterkünfte an einen privaten Betreiber vergeben. Bei einer Unterkunft für 120 Bewohner, die auf Kirchenland errichtet worden sei, habe es jetzt ein Umdenken gegeben. Dort sei die Sozialbetreuung von einem diakonischen Träger vor Ort übernommen worden, was zwar für den Landkreis viel teurer sei, sich aber dennoch bewährt habe. Denn die kirchlich geprägten Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter wüssten, wie Ehrenamtliche „tickten“. Es gebe daher mehr Andockmöglichkeiten für Ehrenamtliche als bei privaten Anbietern. Er hoffe, dass sich die Bereitschaft, in Zukunft vergleichbare Vergabeentscheidungen zu treffen, erhöhen werde.



Drittes Beispiel: Mit dem Landkreis Harburg habe man eine sehr gute Gesprächskultur im Hinblick auf Härtefälle entwickelt. Alle Kirchenasylfälle liefen über die Superintendenten, um etwaige Spannungen im Vorhinein zu entschärfen.

Insgesamt versuche man, eine Brückenfunktion zwischen Behörden und Ehrenamtlichen einzunehmen. Die Mitarbeiter im Landkreis täten, was sie könnten, aber inzwischen sei die Belastung einfach zu hoch. Allein in der letzten Woche seien im Rahmen der Amtshilfe für das Land Niedersachsen 150 Flüchtlinge angekommen, am Dienstag und Donnerstag im Rahmen der Regelzuweisung jeweils 40 Flüchtlinge und am Freitag noch einmal 150 Flüchtlinge im Rahmen der Amtshilfe. Er hoffe sehr auf eine personelle Aufstockung, da er befürchte, dass sich die Ehrenamtlichen ansonsten enttäuscht abwenden könnten, da eine Wertschätzung ihrer Arbeit einfach nicht mehr möglich sei. Ein Vorfall am späten Freitagabend, als ein Bus mit Flüchtlingen angekommen sei, habe dazu geführt, dass sich am heutigen Tag weniger ehrenamtliche Helfer eingefunden hätten. Eine Ehrenamtliche habe sich um eine Familie gekümmert und habe ein Kind auf dem Arm gehabt in dem Bereich, wo das Essen verteilt werde. Eine Mitarbeiterin des Landkreises habe die Ehrenamtliche in barschem Ton darauf hingewiesen, dass sie in diesem Bereich nichts zu suchen habe, dass die Familie jetzt zur Registrierung müsse und dass das Kind auch alleine laufen könne. Dies zeige einerseits die Überforderung der Mitarbeiter, die aber andererseits auch dazu führen könne, dass sich Ehrenamtliche nicht mehr beteiligten und zurückzögen.

Ehrenamtliche seien extrem frustriert, wenn Dinge nicht funktionierten. Es brauche in den Behörden einen Resonanzboden und Ansprechpartner. Viele Ehrenamtliche begleiteten Flüchtlinge als Paten. Sie versuchten, sie nach der gemeinnützigen Beschäftigung im Rahmen des genannten Konzeptes bei den nächsten Schritten zu unterstützen, z. B. bei der Suche nach einem Praktikum in einem Industriebetrieb. Dies sei seit dem 01.08.2015 dank der Bundesregierung wieder möglich. Dem Landkreis sei diese Regelung zunächst überhaupt nicht bekannt gewesen und es habe einige Zeit benötigt, dem Landkreis diese nahe zu bringen. Dennoch,

und obwohl man die Anträge schon kanalisierere, dauere es immer noch Wochen, bis ein Praktikum ausländerrechtlich genehmigt werde.

Auch bei Mini-Jobs für Flüchtlingen dauere es im Moment über zwei Monate bis eine Arbeitsgenehmigung erteilt werde. Dies führe dazu, dass mancher Arbeitgeber schon wieder abgesprungen sei, womit der oft umfangreiche Vorbereitungs Aufwand der Ehrenamtlichen umsonst gewesen sei, was bei diesen natürlich zu Frustrationen führe.

Ein weiteres Problem sei die Frage der Wohnungen. Man habe z. B. vor vier Wochen beantragt, zwei junge Iraker aufzunehmen und habe hierfür einen Mietvertrag eingereicht. Der Landkreis habe es seitdem nicht geschafft, den Mietvertrag zu genehmigen. Inzwischen seien die beiden Iraker trotzdem eingezogen, ohne dass die Frage der Finanzierung geklärt sei. Dies zeige, dass der Landkreis aufgrund der Vielzahl der Aufgaben im Moment völlig überfordert sei.

Ehrenamtliche seien sehr dankbar, wenn Angelegenheiten funktionierten. Seit dem 02.11.2015 gebe es in Winsen die erste „Sprint“-Klasse an der berufsbildenden Schule. Das niedersächsische Kultusministerium habe ein Projekt für 18- bis 21-jährige Flüchtlinge aufgelegt, bei dem es darum gehe, Schule und Handwerk als Vorbereitung für die Lehre zu verbinden, weil Flüchtlinge im Rahmen des dualen Systems oft scheiterten. Eine Ehrenamtliche habe ihm gegenüber ihre große Freude zum Ausdruck gebracht, dass der von ihr als Patin begleitete Flüchtling durch das Projekt nun eine richtige Perspektive habe, in Deutschland anzukommen. Der größte Lohn für die Paten sei, wenn Dinge vorangingen. Zusammen mit seinem Kollegen, Herrn Superintendenten Jäger, habe er bei einem Termin im niedersächsischen Wirtschaftsministerium darum gebeten, dass bei den Programmen, die jetzt angeschoben würden, an den Strukturen vor Ort angedockt werde. Er bleibe abzuwarten, ob dieser Rat beherzigt werde oder ob nicht doch einfach neue Stellen ohne Rücksicht auf die örtlichen Gegebenheiten geschaffen würden.

Ehrenamtliche reagierte auch sehr sensibel, wenn



Behörden unsinnige Aktionen veranlassten. Dazu gehöre z. B. das Hin- und Herfahren von Flüchtlingen in der Erstaufnahme. Hingegen sei der größte Lohn für Ehrenamtliche, wenn Dinge wirklich vorangingen. Er habe noch viel Fantasie, wo man Geld in Betreuung und Koordination der Arbeit einsetzen könnte. Trotz der genannten Kritikpunkte erlebe man in Winsen seit zwei Jahren viele hochmotivierte Menschen, die mit ihrem Engagement eine segensreiche Wirkung für die Gesellschaft insgesamt entfalteten.

Frau **Birgit Bursee** (Freiwilligenagentur Magdeburg) weist einleitend darauf hin, dass zu ihrer Einführung eine ergänzende Präsentation (*Anlage 1*) vorliege. Die Freiwilligenagentur Magdeburg sei eine von rund 500 Freiwilligenagenturen in Deutschland. Sie fungiere als Informations-, Beratungs- und Netzwerkstelle für bürgerschaftliches Engagement. Man berate interessierte Bürgerinnen und Bürger über Engagementmöglichkeiten und unterstütze zivilgesellschaftliche Organisationen in Fragen des Freiwilligenmanagements. Denn Ehrenamtliche seien sehr dankbar, darauf habe Herr Berndt zu Recht hingewiesen, wenn die Zusammenarbeit gut und reibungslos funktioniere. Darüber hinaus entwickle man zielgruppen- und themenspezifische Engagementprojekte sowie Fortbildungs- und Qualifizierungsangebote für Haupt- und Ehrenamtliche. Als Netzwerk- und Beratungsstelle sei die Freiwilligenagentur Magdeburg zudem momentan eine wichtige Ansprechpartnerin im Bereich des Engagements für Flüchtlinge.

Zu Beginn wolle sie eine kurze Einschätzung zur Situation und zu den Anforderungen des ehrenamtlichen Engagements zur Unterstützung von Flüchtlingen aus Sicht der Freiwilligenagentur Magdeburg geben. Als sehr positiv nehme man wahr, dass es im Augenblick eine sehr große öffentliche Aufmerksamkeit für das Thema „Bürgerschaftliches Engagement“ gebe. Es gebe auch neue zivilgesellschaftliche Akteure, z. B. Willkommensbündnisse und -initiativen, die einen sehr inspirierenden Einfluss hätten. Zu verzeichnen sei ferner eine steigende Zahl von Interessierten, die nach einer Engagementmöglichkeit suchten. Dies äußere sich in vermehrten Anfragen, E-Mails und Telefonaten sowie in der Nachfrage nach Beratungsgesprächen, Veranstaltungen und Fortbil-

dungen. Es gebe zudem viele Unterstützungsangebote von Menschen, die sich bisher noch nicht engagiert hätten, die dies aber nun im Bereich der Flüchtlingsarbeit tun wollten. Es handele sich z. B. um Menschen mit Fremdsprachenkompetenzen, die vor einigen Jahren selbst eingewandert seien und sich nun als Übersetzer engagieren wollten. Darüber hinaus gebe es die bewährten Unterstützerstrukturen durch Organisationen wie das DRK, das THW u. a. mit sehr vielen Ehrenamtlichen, die ein hohes Ansehen und Vertrauen in der Gesellschaft genössen.

Positiv hervorzuheben sei auch die Vielfältigkeit der Willkommenskultur, an der noch einmal besonders deutlich werde, wie kreativ Engagement sein könne. Es gebe viele tolle Ideen und Angebote in den jeweiligen Stadtteilen. Dazu gehörten die Einrichtung von Begegnungscafés, das „Aufhübschen“ von gebrauchten Fahrrädern, damit Flüchtlinge aus weiter entfernten Stadtteilen ins Stadtzentrum kommen könnten, oder ganz individuelle familiäre Hilfen. Ein weiterer positiver Punkt sei, dass sich die Mehrheit der Bevölkerung mit klaren Statements gegen Rechtsextremismus positioniere und Integration – gerade auch vor dem Hintergrund des demografischen Wandels – als gesellschaftliche Entwicklungschance begreife.

Zu begrüßen sei ferner, dass es oft erstmals echte Berührungspunkte der Verwaltung mit ehrenamtlichem Engagement gebe. Daraus resultierten auch Probleme, die ihre Vorredner bereits angesprochen hätten, dies könne aber durchaus eine Chance sein, das Bewusstsein in der Verwaltung für die Bedeutung von bürgerschaftlichem Engagement zu schärfen.

Negativ ins Gewicht falle, dass es viele unübersichtliche, sich schnell verändernde Situationen und viele unklare Zuständigkeiten gebe. Zum Teil würden Unterstützungsangebote aus der Bevölkerung nicht genutzt, weil es an konkreten Ansprechpartnern fehle oder diese nicht erreichbar seien. Teilweise kämen Hilfen auch nicht dort an, wo sie eigentlich gebraucht würden, was zu Frustrationen bei Ehrenamtlichen führe. Bei einigen stoße auch die augenblickliche Dominanz des Themas „Flüchtlinge“ gegenüber anderen Proble-



men auf Kritik. Auch die mangelhafte Informations- und Kommunikationspolitik der Behörden, z. B. hinsichtlich der Errichtung neuer Unterkünfte, werde zum Teil kritisiert.

Oft werde die Frage gestellt, wer die Koordination im Bereich des ehrenamtlichen Engagements für Flüchtlinge übernehme. Als Freiwilligenagentur versuche man, die Brisanz aus dem Thema herauszunehmen, denn das Thema „Flüchtlinge“ sei nun einmal anders gelagert als die Flutkatastrophe. Benötigt würden langfristige Strategien und Strukturen zur Integration. Dies sei eine Netzwerkaufgabe, die neue Formen der Zusammenarbeit und eine breite gesellschaftliche Debatte erfordere. Eine Aufgabe für die Freiwilligenagenturen sei auch, Politik und Verwaltung dafür zu sensibilisieren, was Ehrenamt leisten könne und was nicht.

Sehr stark engagiert sei die Freiwilligenagentur Magdeburg bei der Sammlung, Aufbereitung und Veröffentlichung von tagesaktuellen Informationen auf der eigenen Homepage. Damit unterscheide man sich auch von entsprechenden städtischen Angeboten. Man plädiere dafür, die Willkommensbündnisse und -initiativen vor Ort zu stärken und verstehe sich auch als Netzwerkakteur, der neue Projekte und Prozesse mit initiiere.

Zum Abschluss komme sie zu einigen Verbesserungsvorschlägen aus Sicht der Freiwilligenagentur Magdeburg. Man plädiere vor allem dafür, in Netzwerkstrukturen zu investieren. Am Beispiel der Flüchtlingshilfe werde deutlich, dass es leichter sei, auf plötzliche Herausforderungen zu reagieren, wenn es bereits vorher stabile Strukturen vor Ort zur Unterstützung und Stärkung bürgerschaftlichen Engagements gebe. Auf die weiteren Vorschläge könne sie aus Zeitgründen leider nicht mehr eingehen. Aber sofern Interesse bestehe, könne sie diese gerne im Rahmen der Diskussionsrunde näher ausführen.

Herr **David Kreuziger** (Johanniter-Unfall-Hilfe) bedankt sich zunächst für die Einladung zur Sitzung. Auf eine ausführliche Vorstellung der Johanniter-Unfall-Hilfe (JUH) wolle er angesichts des knappen Zeitbudgets für seinen Einführungsbeitrag verzichten. Nähere Informationen hierzu seien

der von ihm erstellten Präsentation (*Anlage 2*) zu entnehmen. Er wolle einleitend etwas zum Engagementumfang in der Johanniter-Unfall-Hilfe sagen. Momentan verfüge man über 16.000 Beschäftigte und 31.000 aktive ehrenamtliche Helferinnen und Helfer. Deren Zahl habe im Laufe des letzten Jahres angesichts der Herausforderungen in der Flüchtlingsarbeit deutlich zugenommen.

Um die augenblickliche Brisanz des Flüchtlingsthemas zu verdeutlichen, wolle er einige tagesaktuelle Zahlen benennen: Die Johanniter-Unfall-Hilfe betreue beinahe 50.000 Flüchtlinge an bundesweit 125 Standorten, womit die Zahlen im Vergleich zu der in der letzten Woche erstellten Präsentation noch einmal deutlich gestiegen seien. Dies unterstreiche, vor welcher großen Herausforderungen die Johanniter-Unfall-Hilfe momentan tagtäglich stehe. Aktuell zähle man 600 gebundene ehrenamtliche Helfer der JUH. Hinzu kämen viele weitere ungebundene Helfer, die sich jeden Tag anböten, in Flüchtlingseinrichtungen unterstützend tätig zu werden.

Üblicherweise würden die Hilfsorganisationen herangezogen, wenn etwas ganz schnell gehen müsse. Aufgrund ihrer Fähigkeiten im Bereich des Katastrophenschutzes könnten sie z. B. sehr rasch eine Notunterkunft herrichten. Auch die Johanniter-Unfall-Hilfe habe darin mittlerweile viel Routine. Man errichte u. a. Notunterkünfte für die Erstaufnahme, Einrichtungen für besonders Schutzbedürftige, z. B. für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, aber auch für schwangere oder behinderte Flüchtlinge. In Berlin müssten momentan jeden Tag zwei bis drei neue Sporthallen als Notunterkünfte ertüchtigt werden, um allen neu ankommenden Flüchtlingen zumindest ein Dach über dem Kopf anbieten zu können.

Zu den weiteren Aufgaben gehöre das Betreiben von Notunterkünften mit allen Leistungen. Dazu zählten neben der Essensversorgung und der Bekleidungs Ausgabe auch die Unterstützung bei Behördengängen und Clearing-Verfahren sowie die psychosoziale Betreuung. Auch die Unterstützung bei Integration und Bildung zähle eigentlich dazu, wozu man jedoch aufgrund der sonstigen Aufgaben im Moment noch gar nicht komme.



Auch weitergehende Initiativen seien wichtig. Gestern habe man in Brandenburg – gemeinsam mit anderen Hilfsorganisationen und den Spitzenverbänden der freien Wohlfahrtspflege – die Initiative „Brandenburg zeigt Herz“ gestartet. Deren Ziel sei es, angesichts der Herausforderungen bei der Unterbringung und Integration von geflüchteten Menschen mit einer breit angelegten Initiative den Versuch zu unternehmen, das hohe ehrenamtliche Engagement zu erhalten und das Verständnis für die Lage der geflüchteten Menschen zu fördern.

Er wolle kurz auf einige Herausforderungen in der Zusammenarbeit bei der Flüchtlingsbetreuung eingehen. Ein Problem sei, dass ungebundene Helfer zumeist zeitlich nur sehr eingeschränkt zur Verfügung stünden. Häufig habe man Angebote, dass Leute zwei, drei Stunden am Abend in einer Not- oder Gemeinschaftsunterkunft helfen wollten. Diese Angebote nehme man auch gerne an, aber es sei herausfordernd, diese organisatorisch in den Einsatz einzubinden, da man die Flüchtlinge tagsüber natürlich nicht sich selbst überlassen könne.

Viele Menschen setzten auch ihren persönlichen Urlaub ein, um in einer Notunterkunft zu helfen. Auch dafür sei man sehr dankbar. Nach zwei Wochen seien diese richtig fit, indem was sie täten, anschließend stünden sie aber nicht mehr für Einsätze zur Verfügung, da vielen Arbeitgebern das Verständnis für die Wichtigkeit der Aufgaben fehle, die ehrenamtliche Helferinnen und Helfer übernähmen. Zudem sei vielen nicht bekannt, dass Mitarbeiter auch gegen Lohnfortzahlung freigestellt werden könnten. Dies werde in einigen Bundesländern auch im Bereich der Flüchtlingshilfe bereits praktiziert.

Man sei mittlerweile auch dazu übergegangen, mit Helfern, die man in die Arbeit einbinde, Vereinbarungen abzuschließen. Dabei dürfe man aber die formalen Anforderungen nicht zu hoch ansetzen, um den Leuten nicht die Lust am Engagement zu nehmen. Bei besonders Schutzbedürftigen bestünden allerdings besondere Voraussetzungen. Wer sich z. B. ehrenamtlich im Bereich der Betreuung von Kindern engagieren wolle, müsse ein erweitertes Führungszeugnis vorlegen. Dies könne je-

doch angesichts der angespannten Situation in den Berliner Meldebehörden bis zu sechs Wochen in Anspruch nehmen. An dieser Stelle habe man daher mit bürokratischen Hemmnissen zu kämpfen. Zudem sei die Zusammenarbeit vor Ort oft durch ein hohes Mitwirkungsbedürfnis der Initiativen geprägt, was mitunter nur schwer mit den Erfordernissen des Einsatzes in Einklang zu bringen sei. Überwiegend funktioniere die Zusammenarbeit mit den Initiativen aber sehr gut.

Initiativen zur Aufklärung und Stärkung von Ehrenamt, wie z. B. die bereits erwähnte Initiative „Brandenburg zeigt Herz“, seien eine weitere Möglichkeit, um ehrenamtliches Engagement in der Flüchtlingsbetreuung zu unterstützen. Wichtig sei auch, „Pegida“ und anderen mit einer klaren Haltung entgegenzutreten. Ehrenamtliche Helferinnen und Helfer müssten sich häufig sogar dafür rechtfertigen, dass sie Flüchtlinge betreuten. Auch hier seien eine klare Haltung und Unterstützung notwendig. Bereits hingewiesen habe er auf die Möglichkeit, Ehrenamtliche für die Flüchtlingsbetreuung freizustellen. Für Einsätze im Bereich des Katastrophenschutzes gebe es eine Regelung für die Frage der Lohnfortzahlung. In Hessen werde diese auch bei ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern in der Flüchtlingshilfe angewendet.

Zum Teil erkundigten sich ehrenamtliche Helfer auch, ob sie nicht eine Aufwandsentschädigung für ihre Tätigkeit in einer Flüchtlingseinrichtung bekommen könnten. Denn viele bräuchten nicht nur viel Zeit, sondern zum Teil auch Geld für ihr Engagement ein. Daher sei die Frage durchaus berechtigt. Eine Möglichkeit könnte die Ausweitung der sogenannten Übungsleiterpauschale in § 3 Nr. 26 des Einkommensteuergesetzes sein. In deren Genuss kämen bisher nur Übungsleiter im Sport- oder ehrenamtliche Betreuer im Pflegebereich, nicht aber Helfer im Bereich der Flüchtlingshilfe. Hier könnte man – gegebenenfalls auch zeitlich befristet – an eine Ausweitung denken, sodass auch für gewisse Tätigkeiten in der Flüchtlingshilfe Aufwandsentschädigungen bis zur Höhe von 2.400 Euro steuerfrei gezahlt werden könnten.

Die mitunter schwierige Zusammenarbeit mit den Behörden sei schon erwähnt worden. Wenn er sich



z. B. heute Morgen mit einem Behördenmitarbeiter abstimme und am Nachmittag noch einmal nachfrage, was daraus geworden sei und dann erfahre, dass sich dieser auf unbestimmte Zeit krank gemeldet habe, sei dies frustrierend. Ähnliche Beispiele erlebe man im Übrigen derzeit jeden Tag. Mittlerweile werde sehr vieles über Handschlaggeschäfte geregelt, weil Verträge nicht zustande kämen. Man wisse dann aber oft nicht so genau, wie nachhaltig diese wirklich seien. Trotzdem stelle sich die Johanniter-Unfall-Hilfe der gegenwärtigen schwierigen Situation und arbeite weiter an deren Lösung mit. Auf Nachfragen gehe er gerne in der Diskussionsrunde ein.

Herr **Dirk Ulrich** (Technisches Hilfswerk) bedankt sich zunächst für die Einladung und die Möglichkeit, die Perspektive des THW in die Sitzung einbringen zu können. Das THW sei eine ganz besondere Einsatzorganisation des Bundes, die auf der einen Seite nur über rund 800 hauptamtlich Beschäftigte und auf der anderen Seite über mehr als 80.000 ehrenamtliche THW-Angehörige verfüge. Das heiße, die Einsatzkräfte vor Ort seien in aller Regel Ehrenamtliche.

Das THW sei von Beginn an intensiv in die Bewältigung der Einsatzlage mit den Flüchtlingen eingebunden gewesen. Nicht zu den Aufgaben des THW gehörten die Betreuung von Flüchtlingen in den Unterkünften und das Betreiben von Unterkünften für Flüchtlinge, wenngleich man in Einzelfällen auch in dieser Weise engagiert gewesen sei. Das THW werde grundsätzlich im Rahmen der Amtshilfe tätig und sei nicht originär zuständig für die Einsatzlage. Die Einsatzaufgaben des THW umfassten vor allem Aufgaben im technischen Bereich, z. B. die Unterstützung der zuständigen Stellen bei der Erkundung von Liegenschaften sowie die Herrichtung von Flüchtlingsunterkünften und Zelten. Weitere Aufgaben seien der Transport von Materialien für Flüchtlingsunterkünfte sowie die Verpflegung von Einsatzkräften und Flüchtlingen in den Unterkünften, um nur einige Bereiche zu nennen.

Von den bundesweit 668 THW-Ortsverbänden seien bislang fast alle Ortsverbände im Einsatz. Auch er wolle hierzu einige Zahlen nennen: Allein in

diesem Jahr seien rund 14.000 ehrenamtliche THW-Kräfte im Einsatz gewesen. Dabei seien rund 38.000 Helfertage und 54.000 Einsatzstunden angefallen. Damit bewege sich der Einsatz bereits jetzt in einer vergleichbaren Größenordnung wie die großen Hochwassereinsätze in den Jahren 2002 und 2013. Der entscheidende Unterschied sei jedoch, dass letztere mit einer großen Kraftanstrengung innerhalb einer relativ kurzen Zeit zu bewältigen gewesen seien. Die jetzige Einsatzlage dauere dagegen bereits mehrere Monate an und werde auf absehbare Zeit weiter andauern, was spezifische Herausforderungen mit sich bringe. Dazu gehöre vor allem, dass die ehrenamtlichen THW-Kräfte über einen längeren Zeitraum wiederkehrend im Einsatz seien und dies entweder am Abend nach ihrem eigentlichen Job oder an den Wochenenden in der Freizeit oder aber – und dies sei für das THW ein wichtiger Punkt, auf den er noch zurückkomme – werktags aufgrund einer Freistellung durch den Arbeitgeber.

Mittlerweile falle es immer schwerer, ausreichend Einsatzkräfte zu finden, um die an das THW gestellten Anforderungen erfüllen zu können. Immer öfter höre man von Ehrenamtlichen, dass Arbeitgeber Freistellungen verweigerten oder dass aus dem beruflichen Umfeld Druck auf THW-Angehörige ausgeübt werde, sich nicht für die Einsätze verfügbar zu melden. Auch im Familienkreis schwinde mit zunehmender Einsatzdauer das Verständnis für die ehrenamtliche Arbeit im THW.

Ein wesentliches Problem sei die Kurzfristigkeit von Anforderungen. Dies hänge damit zusammen, dass es vielen zuständigen Stellen bisher nicht gelungen sei, „vor die Lage zu kommen“, wie man im Einsatzbereich sage. Das heiße insbesondere, Unterkünfte in Reserve zu haben, sodass, wenn mehr Flüchtlinge ankämen, diesen auch ad hoc eine Unterkunft zur Verfügung gestellt werden könne. Aufgrund der Kurzfristigkeit von Anforderungen baue daher auch das THW als technische Einsatzorganisation derzeit Betten zusammen oder lege Matratzen in Sporthallen aus, obwohl dies aufgrund der fachlichen Qualifikation eigentlich keine originären Aufgaben für THW-Einsatzkräfte seien, sondern durchaus auch von Zivilisten, von Privatunternehmen, aber auch von hauptamtlichen Einsatzkräften anderer Einsatzorganisatio-



nen, wie z. B. der Bundeswehr, ausgeführt werden könnten. Vereinzelt habe es auch Fälle gegeben, wo sich die Bundeswehr für bestimmte Einsatzaufgaben für nicht verfügbar gemeldet habe, weil sie keine Ressourcen mehr gehabt habe. Dann würden diese Einsatzaufgaben durch ehrenamtliche THW-Kräfte umgesetzt. An dieser Stelle seien aus seiner Sicht Verbesserungen wünschenswert.

Schon bei den Vorrednern sei angeklungen, dass nicht nur die ehrenamtlichen Einsatzkräfte, sondern auch das hauptamtliche Personal ausgelastet, teilweise sogar überlastet sei. Dieses hauptamtliche Personal sollte sich eigentlich um die Rahmenbedingungen für die ehrenamtliche Arbeit in den Organisationen kümmern. Hierzu komme es aufgrund der Leitung und Koordination der Einsätze ebenso wenig wie zu seiner eigentlichen Aufgabe, der Ausbildung der Einsatzkräfte.

Bezüglich der Frage, was die Politik tun könne, um die Rahmenbedingungen für das ehrenamtliche Engagement zu erhalten, vielleicht sogar zu verbessern, sei aus seiner Sicht der wichtigste Punkt in dieser Einsatzlage, dass dringend dafür gesorgt werden müsse, dass die zuständigen Stellen mehr Kapazitäten zur Verfügung bekämen, damit für die flüchtenden Menschen ausreichend Unterkünfte geschaffen werden könnten und die Zahl von ad hoc-Einsätzen für Einsatzorganisationen wie das THW reduziert werden könne. Zudem sollten mehr Leistungen und Maßnahmen mit hauptamtlichem Personal umgesetzt werden. Dafür seien zusätzliche Stellen auch für das THW notwendig. Seine diesbezüglichen Vorstellungen habe das THW den Mitgliedern des Haushaltsausschusses bereits zukommen lassen.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass man in dieser Angelegenheit am kommenden Freitag nach der Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses mehr wisse.

Herr **Dirk Ulrich** (Technisches Hilfswerk) erklärt, ein wichtiges Thema, das Herr Kreuziger schon angesprochen habe, sei, bei Arbeitgebern für die Freistellung von Ehrenamtlichen zu werben und Arbeitgebern, die in dieser Einsatzlage Ehrenamt-

liche frestellten, Wertschätzung entgegenzubringen. In diesem Zusammenhang könnten mehr finanzielle Anreize durchaus eine Perspektive sein. Es gebe – wie schon erwähnt – die Möglichkeit, den Verdienstaufschlag zu ersetzen. Allerdings würden damit nur die finanziellen Aufwendungen der Arbeitgeber für den einzelnen Beschäftigten abgedeckt. Aber Arbeitgeber beschäftigten ihre Mitarbeiter auch, um Gewinne zu erwirtschaften. Dieser Differenzbetrag werde den Arbeitgebern aber nicht erstattet, was für die Unternehmen ein Problem darstelle. Im THW-Landesverband Berlin, Brandenburg, Sachsen-Anhalt sei man auch für ländliche Regionen zuständig, wo es viele kleine Unternehmen gebe, die THW-Angehörige beschäftigten. Für einen kleinen Handwerksbetrieb mit vier, fünf Mitarbeitern sei es schon ein Problem, wenn jemand plötzlich ehrenamtlich für das THW einen Tag lang beim Aufstellen von Betten in einer Notunterkunft helfen wolle. Dass sich die Begeisterung der Unternehmen darüber in Grenzen halte, sei teilweise durchaus verständlich, insbesondere dann, wenn diese Aufgabe eigentlich von den zuständigen staatlichen Stellen und nicht vom THW erledigt werden müsste.

Notwendig sei zudem die Sicherstellung einer ausreichenden Finanzierung des THW. Dies betreffe die zeitgemäße technische Ausstattung, die Gewährleistung einer fundierten Ausbildung und Maßnahmen zur Helferwerbung und Helferbindung.

Abschließend wolle er hervorheben, dass auch die Schaffung von Anreizen und erkennbaren Zeichen der Wertschätzung für Ehrenamtliche eine wichtige Perspektive sei. Zu nennen seien hier u. a. Rentenpunkte, die Berücksichtigung von Engagementszeiten bei der Zulassung zu Universitäten, Vergünstigungen bei der Nutzung öffentlicher Einrichtungen, finanzielle Anreize, wie z. B. die häufigere Zahlung von Aufwandsentschädigungen.

Herr **Norbert Grehl-Schmitt** (Förderverein Pro Asyl) weist einleitend darauf hin, dass er sich in seinem mündlichen Statement auf die Perspektive der spontanen, oft selbstorganisierten und selbstinitiierten Hilfe für Flüchtlinge konzentrieren werde. Ergänzende Informationen seien seiner



vorliegenden schriftlichen Stellungnahme zu entnehmen (*Anlage 3*). Bürgerschaftliches Engagement spielte bei der Aufnahme von Flüchtlingen eine besondere Rolle, wie es vor diesem „summer of free choice“ kaum vorstellbar gewesen wäre. Vielfach seien Ehrenamtliche in die Bresche gesprungen und hätten staatliche Aufgaben übernommen, um Defizite staatlicher Stellen zu entschärfen. Die Ergebnisse der jüngsten Flüchtlingsgipfel würden jedoch nach seiner Einschätzung negative Auswirkungen auf die künftige Engagementbereitschaft von Ehrenamtlichen haben.

Die ehrenamtlichen Unterstützerguppen in der Flüchtlingshilfe engagierten sich in Kernbereichen der Aufnahme, z. B. der Versorgung, Verpflegung und Unterbringung. Sie seien aber auch bei Bildungsmaßnahmen, Sprachkursen und anwaltschaftlich für Flüchtlinge aktiv, z. B. bei der Begleitung zu Behörden, bei der Übernahme von Dolmetschungen usw. Aus der Beratungspraxis von Pro Asyl und der Landesflüchtlingsräte lasse sich ableiten, dass in der ehrenamtlichen Flüchtlingshilfe ein hoher Fortbildungsbedarf bestehe. Beide hätten darauf mit einem Ausbau der Telefon- und Online-Beratung reagiert. Bei Pro Asyl gingen im Moment pro Woche etwa 1.000 Anrufe ein. Der überwiegende Teil der Anrufer seien Ehrenamtliche, die Fragen zu den komplizierten asyl- und sozialrechtlichen Sachverhalten hätten. Trotz der genannten Ausweitung reiche das Angebot bei weitem nicht aus. Für diese Unterstützungsbedarfe fehlten Finanzierungsmodelle aus öffentlichen Mitteln. Dasselbe gelte für den Bereich der Fortbildungsangebote, wo es zwar punktuelle Angebote der Landesflüchtlingsräte gebe, die aber in der Regel innerhalb kürzester Zeit ausgebucht seien. Die Mitarbeiter der Flüchtlingsräte arbeiteten am oder auch über dem Limit. Auch dort sehe er daher einen dringenden Finanzierungsbedarf aus öffentlichen Mitteln, um die Umsetzung eines flächendeckenden Fortbildungsmodells zu ermöglichen. Denn es fehle nicht an Fortbildungskonzepten und an Experten, sondern es fehlten finanzielle Ressourcen, um solche Fortbildungsveranstaltungen anbieten zu können.

Dagegen sei die Bereitstellung von Informationen relativ gut geregelt. Auf den Internetseiten der Flüchtlingsräte seien viele ausführliche Informa-

tionen zu finden. Bedarf gebe es dagegen beim Thema „Stärkere Vernetzung“, wo ein stark zunehmendes Interesse der Initiativen festzustellen sei. Am Wochenende biete man in Niedersachsen ein Initiativtreffen an, für das man erstmals Anmeldelisten eingeführt habe, wozu man aufgrund des hohen Interesses und der Größe der vorhandenen Räumlichkeiten gezwungen gewesen sei. Das sei in anderen Regionen ähnlich. Einige Bundesländer, z. B. Schleswig-Holstein, stellten für entsprechende Fortbildungsangebote finanzielle Mittel aus dem Landeshaushalt zur Verfügung. Aber auch hier übersteige der Bedarf die Höhe der bereitgestellten Mittel erheblich. Es sei daran erinnert, dass genau diese Vernetzung zur Gründung von Flüchtlingsräten und lokalen Flüchtlingshilfe-Vereinen in den späten 1980er- und frühen 1990er-Jahren geführt habe. Diese Strukturen bestünden noch heute und trügen dazu bei, die ehrenamtliche Flüchtlingshilfe „am Leben zu erhalten“. Ehrenamtliche sollte aber nicht in eine Vernetzungsstruktur gezwungen werden, sondern es sei zu respektieren, dass sich viele Gruppen selbst initiieren, organisieren und verwalten wollten. Dennoch könne man natürlich von Seiten der Kommunen und Länder Angebote für Vernetzungs- und Informationsmöglichkeiten machen, z. B. Apps oder Webseiten, über die sich Ehrenamtliche miteinander kontaktieren könnten.

Sehr wichtig sei auch der Grundsatz, dass Ehrenamt keine staatlichen Pflichtaufgaben ersetzen könne und dürfe. Vor kurzem sei z. B. von einem Amtsarzt in einer Erstaufnahmeeinrichtung dazu aufgerufen worden, Schlafsäcke für kleine Kinder, die auf dem Boden geschlafen hätten, zu spenden. Das sei nicht primär die Aufgabe der ehrenamtlichen Flüchtlingshilfe, sondern müsse vom Staat bereitgestellt werden. An dieser Stelle dürften Ehrenamtliche auch nicht überfordert werden.

Bei der Abstimmung zwischen Ehrenamt und Hauptamtlichkeit sehe er große Bedarfe, insbesondere weil in vielen Praxisfeldern, z. B. bei Bildung und Arbeitsmarkt, oft vieles nebeneinander her laufe. So halte sich das hartnäckige Gerücht, Asylsuchende dürften keine Sprachkurse besuchen und erst nach der Anerkennung ihrer Asylanträge arbeiten. Dies führe oftmals dazu, dass ihnen nur Angebote nachbarschaftlicher Hilfe unterbreitet



würden, die dazu dienen sollten, über kleine „Geldgeschenke“ den Schuldendruck der Flüchtlinge zu lindern. Hier seien primär die Arbeitsagenturen und Jobcenter in der Pflicht, ihren Beratungsauftrag wahrzunehmen. Dabei könnten dann auch ehrenamtliche Fachkräfte aus den Bereichen Bildung und Arbeit eingebunden und entsprechende Stabs- oder Koordinierungsstellen bei Freiwilligenagenturen oder Jobcentern eingerichtet werden, die den Kontakt zu den Ehrenamtlichen halten und Aktivitäten miteinander verknüpfen, vernetzen und abstimmen könnten.

Eine Ausweitung des Bundesfreiwilligendienstes auf die Arbeit mit Flüchtlingen betrachte Pro Asyl mit Skepsis. Wichtiger erscheine es, die hauptamtliche Flüchtlingssozialarbeit zu stärken. Man könnte z. B. eine Initiative starten, um insbesondere Flüchtlinge, die sich selbst ehrenamtlich in der Flüchtlingshilfe engagierten, für eine berufliche Tätigkeit in diesem Bereich zu gewinnen. Denn bisher gebe es sehr wenige Flüchtlinge, die professionell in der sozialen Arbeit tätig seien, obwohl es hier einen großen Fachkräftebedarf gebe und auf dem Arbeitsmarkt kaum noch Fachkräfte zu finden seien. Notwendig sei daher eine große Qualifizierungsoffensive, eventuell auch unter Einbeziehung des Bundesfreiwilligendienstes.

Wichtig wäre zudem eine uneingeschränkte Wertschätzung des ehrenamtlichen Engagements in der Flüchtlingshilfe. Es gebe eine Reihe von Flüchtlingsinitiativen, die sich z. B. sehr deutlich politisch gegen die geplanten oder schon beschlossenen Gesetespakete positionierten, da sie Flüchtlingen den Zugang zu staatlichen Unterstützungsinstrumenten versperrten. Es wäre aus seiner Sicht falsch, diesem Engagement nicht den gleichen Wert beizumessen wie dem „staatlich nützlichen Engagement“. Vor dem Hintergrund zunehmender brutaler rechtsterroristischer Umtriebe, aber auch von latentem und deutlich artikuliertem Rassismus brauche man „einen gesellschaftlichen Schutzraum rund um Flüchtlingsheime“, wie dies Karl Uwe Heye neulich in der Berliner Zeitung formuliert habe. Menschen, die sich öffentlich und couragiert gegen Rechtsextremismus und Rassismus stellten, benötigten eindeutige und wirkungsvolle Signale, dass die staatlichen Institutionen uneingeschränkt hinter ihnen stünden. Ihm dränge

sich oftmals der Eindruck auf, dass die flüchtlingsfeindlichen Stimmen eher als besorgte Bürgermeinungen und die politisch engagierten Menschen als Störenfriede bewertet würden. Hier fehle es oft an der richtigen Unterstützung dieses bürgerschaftlichen Engagements durch die Politik.

Der **Vorsitzende** dankt den Referentinnen und Referenten für ihre Vorträge und ihre dabei geübte Zeitdisziplin. Die Fragerunde eröffne die Kollegin Kordula Schulz-Asche.

Abg. **Kordula Schulz-Asche** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) bedankt sich für die sehr interessanten Vorträge der Sachverständigen, die eine gute Ergänzung zu den Schilderungen der Bundesländer zu diesem Thema in der letzten Sitzung des Unterausschusses gewesen seien. Sie habe Fragen an alle Sachverständigen: Zunächst würde sie Herrn Helms bitten, diejenigen Vorschläge vorzutragen, die er aus Zeitgründen nicht mehr habe ausführen können. An Herrn Berndt habe sie die Frage, ob die von ihm beschriebenen Strukturen zur Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements im Bereich der Flüchtlingshilfe vom Kirchenkreis Winsen oder vom Landkreis Harburg aufgebaut worden seien. Zudem interessiere sie, ob der Kirchenkreis auch mit islamischen Ansprechpartnern kooperiere.

An Frau Burse habe sie eine Frage zur Finanzierung der Freiwilligenagentur Magdeburg. Kürzlich habe sie mit Vertretern einer hessischen Freiwilligenagentur gesprochen, die ihr berichtet hätten, dass dort im kommenden Jahr eine der beiden Vollzeitstellen gestrichen werde. Dies sei angesichts der angespannten Finanzlage in vielen Kommunen leider traurige Realität. Sie interessiere daher, wie sich die Freiwilligenagentur Magdeburg finanziere. Darüber hinaus würde sie gerne wissen, ob die Freiwilligenagentur Magdeburg ein Konzept zur besseren und gezielteren Ansprache von Migrantinnen und Migranten habe, die nach den Ergebnissen des Freiwilligensurveys besonders in klassischen Bereichen des bürgerschaftlichen Engagements unterrepräsentiert seien.

Herr Kreuziger habe auf die Bedeutung von Initiativen und Aufklärungskampagnen wie „Branden-



burg zeigt Herz“ hingewiesen. Sei es sinnvoll, solche Kampagnen für ein gutes Engagementklima auch von bundespolitischer Seite zu unterstützen oder sei die Landesebene hierfür geeigneter?

An Herrn Grehl-Schmitt habe sie eine Frage zur Selbstorganisation. Andere Sachverständige hätten darauf hingewiesen, dass das spontane Engagement mitunter nur schwer in die konkrete Arbeit vor Ort zu integrieren sei. Sie interessiere, wie er dies beurteile und wie ein Kompromiss zwischen der Unabhängigkeit der Initiativen einerseits und dem notwendigen konzertierten Vorgehen vor Ort andererseits aussehen könne. Herr Grehl-Schmitt habe zudem die Frage der Schaffung der 10.000 neuen BFD-Stellen angesprochen. Sie höre zunehmend, dass es sehr schwierig sei, hierfür überhaupt geeignete Einsatzstellen zu identifizieren. Ihre Fraktion schlage vor, zusätzliche Stellen eher beim Freiwilligen Sozialen Jahr zu schaffen, da dort eine pädagogische Begleitung während des Dienstes stattfinde und damit bessere Möglichkeiten gegeben wären, Flüchtlinge in die Freiwilligendienststrukturen zu integrieren. Sie interessiere, wie Herr Grehl-Schmitt dies einschätze.

Abg. **Dr. Karamba Diaby** (SPD) erklärt, er teile die Ansicht von Herrn Grehl-Schmitt, dass eine breite politische Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements im Bereich der Flüchtlingshilfe notwendig sei. Frau Burse habe in ihrer Präsentation darauf hingewiesen, dass es eine steigende Anzahl von Menschen gebe, die sich engagieren wollten und die nach neuen Engagementfeldern suchten. Ihn interessierten insbesondere der Bildungsbereich und die Frage der Sprachkurse. Gebe es hierzu best-practice-Beispiele in Magdeburg und inwieweit seien Kitas und Schulen mit ihren Strukturen überhaupt auf diese wachsende Engagementbereitschaft vorbereitet? Ferner interessiere ihn, wie Frau Burse die Frage der Nachhaltigkeit dieser Strukturen und das Zusammenwirken der Akteure in der Kommune bewerte.

Abg. **Ingrid Pahlmann** (CDU/CSU) bedankt sich für die einführenden Vorträge der Sachverständigen und für die hervorragende Arbeit, die in den von ihnen repräsentierten Organisationen geleistet werde. Sie trügen damit entscheidend zu dem der-

zeit sehr positiven Bild von Deutschland in der Welt bei.

Die Frage der Sprachkurse sei schon angesprochen worden. Sie interessiere, ob es aus Sicht der Sachverständigen zu hohe Hürden für Sprachlehrer gebe und wie es mit dem Lehrmaterial aussehe. Von allen Blaulichtorganisationen werde auch darauf hingewiesen, dass die Freistellung von ehrenamtlichen Helfern ein zunehmendes Problem darstelle, wobei die Zurückhaltung bei Unternehmern zum Teil nachvollziehbar sei. Sie wolle hervorheben, dass es für Unternehmen die Möglichkeit gebe, die eingesetzte Zeit der Mitarbeiter, die sich freiwillig engagierten, als Spende abzusetzen, was relativ unbekannt und daher wenig verbreitet sei.

Das erweiterte polizeiliche Führungszeugnis sei notwendig, wo Ehrenamtliche Kinder und Jugendliche betreuten. Die Koalitionsfraktionen arbeiteten gegenwärtig daran, dass das Führungszeugnis künftig schneller und unbürokratischer beantragt werden könne. Dass es beim Bundesfreiwilligendienst einen Stellenaufwuchs im Bereich der Arbeit mit Flüchtlingen gebe, begrüße sie sehr. Der BFD biete auch die Chance, Ehrenamtlichen zumindest ein Taschengeld für ihr Engagement zu zahlen, da ja auch die Frage der Aufwandsentschädigung von einigen Sachverständigen angesprochen worden sei. Darüber hinaus stehe der BFD bekanntlich auch lebensälteren Menschen offen, die nach einer sinnvollen Tätigkeit suchten. Sie interessiere, wie Herr Helms und Herr Berndt die Aufstockung der BFD-Stellen beurteilten und ob diese aus ihrer Sicht hilfreich sei.

Abg. **Dr. Rosemarie Hein** (DIE LINKE.) dankt den Sachverständigen für ihre einführenden Beiträge. Sie habe in der letzten Woche an einer Veranstaltung in Baden-Württemberg zu dem Thema der heutigen Sitzung teilgenommen. Dort sei über ein sehr interessantes Praxisbeispiel berichtet worden, das von der Pädagogischen Hochschule Heidelberg entwickelt worden sei. Dort würden Weiterbildungskurse zur Aneignung von interkultureller Kompetenz und für Deutsch als Zweitsprache angeboten. Diese richteten sich nicht nur an Lehrende, sondern auch an Ehren- und Hauptamtliche, die mit Flüchtlingen zu tun hätten. Dies halte sie



für ein sehr verdienstvolles Beispiel, das auch an anderen Universitäten Schule machen sollte.

Den Beiträgen der Sachverständigen habe sie entnommen, dass es zum Glück sehr viel ehrenamtliches Engagement gebe, dass aber eigentlich mehr hauptamtliche Kräfte notwendig wären, um die Herausforderungen im Bereich der Flüchtlingsarbeit bewältigen zu können. Auch sei von den Sachverständigen betont worden, dass Ehrenamt Hauptamt nicht ersetzen könne und dürfe. Was sie umtreibe, sei die Frage, wie dies gelingen könne. Im Gegensatz zur Kollegin Pahlmann betrachte sie die Ausweitung des Bundesfreiwilligendienstes auf den Bereich der Flüchtlingshilfe mit Skepsis. Denn wenn es sich um eine längerfristige Aufgabe handele, sei die Schaffung von zusätzlichen bezahlten hauptamtlichen Stellen erforderlich.

Sie habe eine Reihe von Fragen, wobei sie erst einmal Frau Bursee bitten würde, ihre Vorschläge zu ergänzen, die sie nicht habe ausführen können. Mit Interesse habe sie auch die Anmerkungen zur Frage der Sozialarbeiter gehört. Vor einiger Zeit habe es noch eine Sozialarbeiter-Ausbildung an den Berufsfachschulen gegeben. Heute sei hingegen mindestens ein Bachelor-Studium für soziale Arbeit notwendig. Aus ihrer Sicht sei – vor dem Hintergrund des leergefegten Arbeitsmarktes in diesem Bereich – zu überlegen, einen solchen Ausbildungsgang wieder zu ermöglichen, der – vielleicht ergänzt durch eine entsprechende Weiterbildung – im Nachhinein zum Bachelor erweitert werden könnte. Denn grundsätzlich befürwortete sie die Akademisierung der sozialen Arbeit.

Eine weitere Frage an Frau Bursee sei, inwieweit sich beim freiwilligen Engagement bemerkbar mache, dass Magdeburg eine Universitätsstadt sei, wo durch die Studierenden schon interkulturelle Kompetenz vorhanden sei. Mit Sorge habe sie die Aussage vernommen, dass Ehrenamtliche in ihrem persönlichen Umfeld zunehmend kritisiert würden, wenn sie sich für Flüchtlinge engagierten. Zudem müsse man sich auch damit auseinandersetzen, dass es eine lautstarke Minderheit gebe, die gegen Flüchtlinge und deren Helfer hetze und zum Teil sogar Gewalt gegen diese ausübe. Dagegen müsse etwas getan werden. Ihre Frage an die

Sachverständigen sei, ob sie Ideen für Gegenstrategien hätten. Allein aus Sachsen-Anhalt seien seit 1990 638.000 Menschen abgewandert und auch davor sei das Land nicht überbevölkert gewesen. Platz für Flüchtlinge wäre also eigentlich vorhanden, aber es gebe eine verbreitete skeptische Stimmung gegenüber Flüchtlingen, die auch damit zusammenhänge, dass man – im Gegensatz z. B. zu Baden-Württemberg – in Sachsen-Anhalt den Umgang mit Menschen anderer kultureller Herkunft nicht gewohnt sei. Trotzdem müsste es Argumente geben, die den bei den Menschen zum Teil vorhandenen Eindruck entkräfteten, ihnen würde durch die nach Deutschland kommenden Flüchtlinge persönlich etwas weggenommen.

Abg. **Dr. Dorothee Schlegel** (SPD) erklärt, sie komme aus Baden-Württemberg, wo in einem kleinen Ort sowohl eine Gemeinschaftsunterkunft sowie die dort bisher leerstehenden Kasernen für Flüchtlinge hergerichtet worden seien. Sie wolle kurz über eine tolle Aktion berichten. Der dortige Sicherheitsdienst habe mit einer größeren Gruppe von Flüchtlingen eine große Putzaktion um die Kasernen herum bis in den Ort hinein initiiert, die auf eine sehr positive Resonanz gestoßen sei. Generell sollte in den Flüchtlingsunterkünften der Gedanke der Hilfe zur Selbsthilfe gestärkt werden. Dies könnte z. B. auch für die Essensausgabe und ähnliche Aufgaben gelten. Denn viele Flüchtlinge wollten nicht nur den ganzen Tag herumsitzen und auf ihre Registrierung warten. Zudem seien Haupt- und Ehrenamtliche ihrerseits oft an der Grenze der Belastbarkeit angekommen. Insofern sollten solche Aktionen wie die Genannte auch in anderen Unterkünften Schule machen.

Es sei auch darauf hingewiesen worden, dass sich Arbeitgeber zunehmend schwer täten, ihre Mitarbeiter als Helfer für das THW, das DRK und andere Hilfsorganisationen freizustellen. Ein Weg, den man öfter nutzen könnte, sei die Vermittlung von Flüchtlingen, die länger in Deutschland blieben, in hauptamtliche Tätigkeiten. Hierzu sei eine stärkere Verzahnung zwischen dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und den Jobcentern notwendig, wie sie auch Herr Weise als Leiter beider Behörden angekündigt habe.



Abg. **Svenja Stadler** (SPD) dankt den Sachverständigen für ihre sehr beeindruckenden Vorträge. Diese und auch ein Gespräch zum selben Thema vor dieser Sitzung hätten sie in ihrer Grundüberzeugung bestärkt, dass die aktuellen Herausforderungen im Bereich der Flüchtlingshilfe bewältigt werden könnten. Eine sehr wichtige Voraussetzung hierfür scheine ihr zu sein, dass das notwendige Geld bei den Kommunen ankomme, denn diese wüssten besser als Bund und Länder, wo das Geld gebraucht werde und effektiv eingesetzt werden könne. Herausgehört habe sie auch, dass man angesichts der zunehmenden Monetarisierung dringend zu einer Definition von Ehrenamt und bürgerschaftlichem Engagement kommen müsse.

Was die Frage der Freistellung von Mitarbeitern durch Arbeitgeber angehe, gebe es in Niedersachsen einen Brief des dortigen Innenministers Boris Pistorius und des Deutschen Roten Kreuzes, in dem die Arbeitgeber aufgefordert würden, ihre Mitarbeiter für die ehrenamtliche Flüchtlingshilfe freizustellen. Dieses Beispiel könnte vielleicht auch von anderen Ländern kopiert werden. Was sie ebenfalls verstärkt umtreibe, seien die zunehmenden rechtsextremistisch motivierten Aktionen und Vorkommnisse. Eine Forderung sei gewesen, dass sich die Politik diesen Tendenzen stärker entgegenstellen solle. Sie wäre für Beispiele dankbar, wie dies praktisch umgesetzt werden könne.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass die Sachverständigen 35 Minuten Zeit hätten, um auf die vielen Fragen der Kolleginnen und Kollegen zu antworten. Die Antwortrunde eröffne Herr Helms.

Herr **Heinrich Helms** (Bündnis für Flüchtlinge Buchholz) erklärt, die Abgeordnete Pahlmann habe nach den Sprachkursen und den hohen Qualifikationsanforderungen für Lehrkräfte gefragt. In Buchholz habe man diese Erfahrung bisher noch nicht gemacht, was aber möglicherweise auch darauf zurückzuführen sei, dass man einfach zu wenige Sprachkurse habe. Wenn es mehr verpflichtende Angebote gäbe, hätte man möglicherweise auch eine Lehrerknappheit und dann würde sich auch die Frage der Qualifikation stellen.

Mehr Bundesfreiwilligendienstleistende könnte

man auch in Buchholz gut gebrauchen und man hätte durchaus Ideen, wo man diese einsetzen könnte. Die Absolvierung eines BFD könnte für den einen oder anderen Ehrenamtlichen auch finanziell interessant sein, z. B. um die Rente aufzubessern. Allerdings seien die Bundesfreiwilligendienstleistenden nicht *die* Lösung für die gegenwärtigen Herausforderungen. Hier seien auch mehr hauptamtliche Fachkräfte notwendig. Ein Punkt, der schon angeklungen sei, sei das Stichwort „Rentenpunkte“. Auch darüber habe man sich schon Gedanken gemacht. Ein wünschenswertes Modell wäre eine Anerkennung, die sich an der Berücksichtigung von Kindererziehungszeiten für die Rente orientiere.

Die angesprochene Kritik aus dem Familien- und Freundeskreis richte sich nach seiner Wahrnehmung nicht gegen das ehrenamtliche Engagement für Flüchtlinge an sich, sondern dagegen, dass dieses Engagement sehr viel Zeit an den Abenden und an den Wochenenden in Anspruch nehme, sodass z. B. familiäre Dinge zu kurz kämen.

Herr **Christian Berndt** (Kirchenkreis Winsen) erklärt, viele Unterstützungsangebote im Bereich der Flüchtlingshilfe seien von der Kirche initiiert worden. Diese seien auch in den ergänzenden Unterlagen, die er in der ausliegenden roten Mappe mitgebracht habe, dokumentiert. Der Landkreis versuche, sich in diesem Bereich ebenfalls besser aufzustellen. Sein Wunsch sei, dass der Landkreis bei der Betreuung der Flüchtlinge mehr Sozialarbeiter einsetze. Als Betreiber von Flüchtlingsunterkünften müssten nicht zwingend die Diakonie oder andere gemeinnützige Organisationen eingesetzt werden, das Management oder der Wachdienst könnten durchaus von anderen privaten Anbietern betrieben werden. Aber gemeinnützige Organisationen, in denen Sozialarbeiter tätig seien, gingen ganz anders mit Ehrenamtlichen um. Man selbst habe in Winsen die Stellenanteile um 20 Stunden aufgestockt, da man festgestellt habe, dass die Belastbarkeitsgrenze für die vorhandenen kirchlichen Mitarbeiter erreicht gewesen sei.

Islamische Ansprechpartner seien bezüglich einer Zusammenarbeit sehr zurückhaltend. Anlässlich der Anschläge auf die Redaktion von „Charlie



Hebdo“ habe man ein gemeinsames Bekenntnis für den Frieden veranstaltet. Ansonsten gebe es aber kaum gemeinsame Aktivitäten und wenn, dann eher mit den Aleviten als mit dem DITIB. Zum Teil schlage den schon länger hier lebenden Migranten, die sich an gemeinnützigen Aktivitäten beteiligten, von Seiten der eigenen Communities Unverständnis entgegen. Vielleicht sei man in dieser Hinsicht bei den jetzigen Flüchtlingen erfolgreicher.

Im Kirchenkreis habe man einige Koordinatorenstellen auf Mini-Job-Basis mit sechs Stunden pro Woche geschaffen, um die Vernetzung in den Kirchengemeinden zu verbessern und die Arbeit der Ehrenamtlichen stärker zu koordinieren. Man habe auch Schüler im Internationalen Café, die Flüchtlingen Deutschunterricht gäben, und Ehrenamtliche, die Sprachkurse gegen eine Aufwandsentschädigung anböten. Aber man brauche auch mehr bezahlte hauptamtliche Kräfte.

Bezüglich der Frage nach den gewaltsamen Übergriffen auf Flüchtlinge und Helfer sei er der Ansicht, dass man im Landkreis Harburg im Moment noch die „Luftthoheit über den Stammtischen“ habe, auch weil man sehr viele Kontaktmöglichkeiten schaffe, was sehr viel Arbeit und Krisenmanagement in den Kirchengemeinden erfordere. An diesem Nachmittag sei ein Kollege z. B. zu einer Unterkunft in einer großen Halle gefahren, da dort Männer untergebracht werden sollten, die vorher in einem Hotel gewohnt hätten und nun für Familien die Unterkunft wechseln sollten, was zu Ärger geführt habe. Solche Formen von Krisenmanagement betreibe man derzeit oft. In diesem Bereich sei auch die Unterstützung durch einen BFDler, z. B. einen qualifizierten Frührentner, denkbar, der nach einer sinnvollen Tätigkeit und Anerkennung suche.

Frau **Birgit Bursee** (Freiwilligenagentur Magdeburg) betont, dass es aus ihrer Sicht besonders wichtig sei, in Strukturen zu investieren und zwar nicht nur im Bereich der Verwaltung. Es gebe z. B. in Magdeburg ein gut funktionierendes Netz von Willkommensbündnissen, die sich stadtteilorientiert um die Gemeinschaftsunterkünfte herum selbst organisierten. Ideal sei es, wenn diese durch starke Partner unterstützt würden, z. B. durch ei-

nen Jugendhelferträger oder einen Stadtteilmanager. Diese Willkommensbündnisse hätten oft nur eine 20-Stunden-Stelle, wobei die Inhaber im Moment nicht selten 60 Stunden arbeiteten. Es wäre daher gut, wenn sie wenigstens eine 40-Stunden-Stelle finanziert bekämen, sodass sie „nur“ noch 20 Stunden zusätzlich ehrenamtlich aufwenden müssten. Auch Freiwilligenagenturen könnten nur gut und schnell Informationen sammeln und weitergeben sowie Ehrenamtliche qualifizieren und vernetzen, wenn es solche Strukturen gebe. Frust entstehe bei Ehrenamtlichen dann, wenn sie nicht wüssten, ob und wie ihre Hilfe sinnvoll eingesetzt werden könne. Während Sachkosten zum Teil über Spenden gedeckt werden könnten, fehle es vor allem am Geld für Personal. Hier könnten auch BFDler nur bedingt eine Hilfe sein. In jedem Fall benötigten sie Anleitung und Unterstützung bei ihrer Tätigkeit durch Hauptamtliche. Sie würde es besonders begrüßen, wenn die zusätzlichen BFD-Plätze auch mit Flüchtlingen besetzt würden, wobei dann zusätzliche Hilfen, z. B. beim Erwerb von Sprachkompetenzen etc., notwendig seien und finanziert werden müssten.

Beim Thema „Monetarisierung“ müsse man sehr achtsam sein. Der typische BFDler im Osten sei 58 Jahre alt, weiblich, habe eine kleine Rente und wolle sich etwas hinzuverdienen. Dies sei jedoch nicht die Altersgruppe, auf die man sich im Engagement in der Flüchtlingshilfe primär stütze, sondern vor allem seien es Studierende, die neben ihrem Studium Ideen entwickelten und sich im Stadtteil engagieren wollten.

Es gebe viele gute Ansätze, Migranten und Flüchtlinge zum Engagement zu motivieren, z. B. Freiwilligentage, an denen sich auch sehr viele engagierte Freiwillige aus den Flüchtlingsunterkünften beteiligt hätten. Es trauten sich aber nicht alle, die neu in der Stadt seien, sich alleine aufzumachen und am anderen Ende der Stadt ein Engagement zu suchen. Hier sei Begleitung notwendig, denn viele wollten vielleicht auch erst einmal in einer Gruppe irgendwo hinkommen, bis sie sich sicher fühlten und auskennten.

Auch beim Thema „Bildung“ seien Netzwerkstrukturen von großer Bedeutung. Es werde nur



gelingen, dieses Thema langfristig anzugehen, wenn man – ausgehend von der Arbeit, die jetzt in den Willkommensnetzwerken passiere – mit den Engagementfeldern in die Kitas und Schulen im Stadtteil hineingehe. Auch hier sei die Mithilfe von Ehrenamtlichen erwünscht und erforderlich.

Gefragt worden sei auch nach der Zusammenarbeit mit den Kommunen und deren Nachhaltigkeit. Es müssten unbedingt Mittel bereitgestellt werden, um Mitarbeiter der Verwaltung im Umgang mit Ehrenamtlichen zu qualifizieren. Hier gebe es einen sehr großen Bedarf, den Freiwilligenagenturen und andere zivilgesellschaftliche Organisationen inhaltlich decken könnten. Herr Berndt habe zu Recht darauf hingewiesen, dass es einen Unterschied mache, ob jemand eine Verwaltungsschule absolviert habe und jetzt mit Ehrenamtlichen zusammenarbeiten solle oder ob jemand aus einem sozialen Beruf komme, wo der Umgang mit Ehrenamtlichen der Normalfall sei. Für Qualifizierungen seien in jedem Fall zusätzliche Mittel erforderlich.

Die Abgeordnete Dr. Hein habe sich auch nach den interkulturellen Kompetenzen der Studierenden erkundigt. In den Magdeburger Willkommensbündnissen seien sehr viele Studierende engagiert. Zudem entstehe jetzt eine Erstaufnahmeeinrichtung für 1.500 Flüchtlinge in unmittelbarer Nähe der Hochschule, wo sich in Zukunft sicherlich auch Studierende stark einbringen würden. Es könne jedoch kein losgelöstes Engagement sein, sondern es müsse in breite, sozialraum- und stadtteilbezogene Bündnisse eingebettet sein.

Rechten Pöbeleien und Übergriffen könne man nach ihrer Überzeugung nur dadurch begegnen, dass man die Diskussionen dort führe, wo sich die Menschen im Alltag bewegten. In Magdeburg existiere mit der Gemeinwesenarbeit ein gutes Modell. In den Stadtteilen hätten sich Gemeinwesen-Arbeitsgruppen organisiert, in denen über die Probleme im Stadtteil diskutiert werde. Sie verfügten über ein eigenes Budget, über dessen Verwendung gemeinsam entschieden werde. Auch hier gehe es wieder um Netzwerke und um Investitionen in die Strukturen in den Stadtteilen, um an Menschen herankommen zu können, die rechte Parolen im Kopf hätten. Darüber hinaus gelte es, in

bewährte Formate zu investieren, z. B. in ehrenamtliche Patenschaften, aber auch Raum für neue Ideen in den Stadtteilen zu lassen, wobei einer professionellen Begleitung eine entscheidende Bedeutung zukomme.

Der **Vorsitzende** bittet die Sachverständigen, auch den Aspekt mit zu berücksichtigen, dass viele Unterkünfte in ländlichen Regionen angesiedelt seien.

Herr **David Kreuziger** (Johanniter-Unfall-Hilfe) erklärt, er sei danach gefragt worden, wie man die Arbeit der Initiativen sichtbar machen könne. Die Beispiel „Brandenburg zeigt Herz“ habe er bereits erwähnt. Er wolle noch etwas dazu sagen, was die Initiative überhaupt wolle und wie sie entstanden sei. Ursprünglich habe es sich um eine kommunale Initiative gehandelt, die vor einigen Wochen in Frankfurt/Oder entstanden sei, nachdem dort eine Außenstelle der Erstaufnahme des Landes Brandenburg eingerichtet worden sei. Dies habe sofort rechte Gruppen auf den Plan gerufen, die deutlich gemacht hätten, dass die Flüchtlinge hier nicht willkommen seien. Daraufhin hätten die Arbeiterwohlfahrt und die Johanniter-Unfall-Hilfe als Betreiber gemeinsam beschlossen, sich dagegen zur Wehr zu setzen und auf die Lage der geflüchteten Menschen aufmerksam zu machen. Man habe auch Ehrenamtliche für diese Aufgaben gewinnen wollen und habe eine Online-Kampagne über die sozialen Medien gestartet, um die Biografien der Geflüchteten sichtbar zu machen. Dies habe sehr gut funktioniert. Die Einträge bei Facebook seien vielfach geteilt worden. Daher sei man gemeinsam mit dem AWO-Landesverband Brandenburg übereingekommen, das Ganze auch auf der Landesebene auszuprobieren. Daraufhin hätten andere Wohlfahrtsverbände und Hilfsorganisationen und Vertreter der Landesbehörden kundgetan, dass sie sich auch gerne beteiligen wollten, was er gut und wichtig finde. Ähnlich wie bei der filmischen Langzeitdokumentation „Die Kinder von Golzow“ wolle man die geflüchteten Menschen und ihre Biografien über einen Zeitraum von zehn Jahren begleiten und zeigen, was mit den Menschen passiere, die nach Brandenburg gekommen seien, wie mit ihnen umgegangen werde, wie Integration funktioniere oder eben auch nicht. Auf diesem Wege wolle man Verständnis für die Situation der



Flüchtlinge wecken und Menschen mit einbinden, die sich haupt- oder ehrenamtlich für die Flüchtlinge engagieren wollten.

Die Frage, ob es eine Initiative sei, die auch auf Bundesebene funktionieren könnte, könne er offen gesagt nicht beantworten. Es sei eine Initiative, die von den Wohlfahrtsverbänden im Land Brandenburg initiiert worden sei. Vielleicht könne die Initiative, wie die Abgeordnete Stadler vorhin anhand eines anderen Beispiels angeregt habe, auch einfach von anderen kopiert werden, was vielleicht auch schon ausreichend sei.

Herr **Dirk Ulrich** (Technisches Hilfswerk) betont, er wolle einen Punkt aufgreifen, den Frau Bursee bereits erwähnt habe, nämlich dass Ehrenamtlichkeit auch hauptamtliche Unterstützung brauche. Dies sei ein sehr wichtiges Thema, das auch ihm sehr am Herzen liege. Die Abgeordnete Stadler habe die Frage der Monetarisierung im Ehrenamt angesprochen. Es sei zu konstatieren, dass es Ehrenamt und Ehrenamt gebe und er wäre durchaus dankbar, wenn der Unterausschuss dieses Thema noch einmal aufgreifen würde.

Es seien auch die Angriffe auf Asylsuchende und Flüchtlingsunterkünfte angesprochen worden. Einsatzkräfte des THW seien ebenfalls bereits mehrfach angegriffen worden. In Sachsen seien sie z. B. mit Flaschen beworfen und Fahrzeuge beschmiert worden, worüber auch in den Medien berichtet worden sei. In Berlin seien die zuständigen Stellen vor zwei oder drei Wochen in einem Fall nicht in der Lage gewesen, eine Unterkunft so zu sichern, wie dies notwendig sei. Obwohl die Liegenschaft einen Zaun habe, seien Leute dort in die Unterkunft eingedrungen, hätten Einsatzkräfte gefilmt und fotografiert, sich die auf der Dienstbekleidung stehenden Namen der Einsatzkräfte aufgeschrieben und gedroht, dass man sie ausfindig machen werde. Man könne sich vorstellen, dass es erhebliche Mühe bereitet habe, die Stimmung bei den Einsatzkräften wieder in die richtigen Bahnen zu lenken und für eine vernünftige Abwicklung des Einsatzes zu sorgen. Das Beispiel sei auch ein wenig Ausdruck der Überforderung der zuständigen Stellen. Dies müsse man so klar benennen und hier seien weitere Verbesserungen erforderlich.

Herr **Norbert Grehl-Schmitt** (Förderverein Pro Asyl) erklärt, er wolle verschiedene angesprochene Punkte aufgreifen. „Jugend ohne Grenzen“, „The Voice“ usw. seien Flüchtlingsselbstorganisationen, die ihre eigene Agenda verfolgten. Dennoch bedürfe es, wenn deren Tätigkeit staatliches Handeln tangiere, einer Abstimmung zwischen Hauptamtlichen und Ehrenamtlichen. Er wolle kurz über ein Beispiel berichten: In einer Erstaufnahmeeinrichtung in Niedersachsen sei vor sechs Wochen eine Spendenaktion durch die Polizei aufgelöst worden, weil dort Ehrenamtliche einfach mit zwei LKWs mit Spendengütern zur Einrichtung gefahren seien und die gespendeten Sachen direkt vom LKW aus an die Flüchtlinge verteilt hätten, was zu Tumulten geführt habe. Es sei zwar eine gut gemeinte Aktion gewesen, die aber nicht koordiniert gewesen sei. Dies habe er mit der erwähnten Ambivalenz der Selbstorganisation gemeint.

Beim Thema „Rechtsextremismus“ sei es vor allem wichtig, Präsenz zu zeigen und Gegenaktivitäten zu unterstützen. In Osnabrück habe es z. B. eine große Plakataktion unter dem Motto „Osnabrücker zeigen Gesicht“ gegeben, an der sich mit Unterstützung aus Politik und Kirche viele Osnabrücker beteiligt hätten. Die Aktion sei als Reaktion auf die Zerstörung von Plakaten mit Bildern von Flüchtlingen entstanden, die als Zeichen der Willkommenskultur zuvor an zentralen Orten in Osnabrück aufgestellt und von fremdenfeindlichen Tätern zerstört worden seien. Solch kreative und sichtbare Zeichen könnten z. B. eine wirksame Gegenstrategie sein.

Ein zu hohes Niveau bei Deutschkursen gebe es insbesondere bei staatlichen Maßnahmen, die vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge angeboten würden. Hier sei eine Umsetzung schwierig, weil zu wenige Lehrkräfte vorhanden seien. Im ehrenamtlichen Bereich sei dies weniger wichtig, da man keine Ausbildung für Deutsch als Zweitsprache mitbringen müsse, sondern auch mit einem niedrigeren Niveau beginnen könne. Ferner gebe es eine Reihe von Möglichkeiten, Deutsch auch ohne die Unterstützung von Lehrkräften mit Hilfe von Online-Sprachprogrammen zu erlernen. Dies setze jedoch voraus, dass in den Unterkünften auch Computer und Räume zur Verfügung stünden, die die Flüchtlinge hierfür nutzen könnten.



Von katholischen Schulen wisse er, dass diese gezielt Lehrkräfte, die nach ihrem Referendariat keine Anstellung bekommen hätten, ansprächen, Flüchtlinge beim Spracherwerb zu unterstützen. Diese arbeiteten jedoch nicht auf ehrenamtlicher Basis sondern auf Honorarbasis.

In ländlichen Regionen spielten die Kirchen bundesweit eine sehr wichtige Rolle in der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit, während es in Universitätsstädten und anderen Städten mehr selbstorganisierte und spontane Unterstützungsgruppen aus dem Antifa-Bereich gebe. Im ländlichen Bereich existiere dagegen in vielen Kirchengemeinden eine längere Ehrenamtsstruktur im Bereich der Flüchtlingshilfe, die zum Teil bis in die 1980er Jahre zurückreiche und jetzt wieder auflebe.

Aus seiner Sicht brauche die Freiwilligenarbeit immer auch eine hauptamtliche Begleitung. Notwendig sei zudem eine interkulturelle Öffnung und dass Flüchtlinge, die schon länger in Deutschland seien und einen gesicherten Aufenthaltsstatus hätten, selber stärker in die hauptamtlichen Strukturen hineinkämen. Vor kurzem habe es eine BAMF-Stellenausschreibung zu den Entscheidungszentren in Mannheim gegeben, wo er von Menschen mit Studium und gesichertem Aufenthaltsstatus gefragt worden sei, ob sie sich auf diese Stellen bewerben sollten. Er habe sie in dieser Absicht ausdrücklich bestärkt. Leider habe aber niemand von ihnen dort einen Job erhalten, ja sie seien nicht einmal zum Bewerbungsgespräch eingeladen worden. Auch wenn dies zum Teil möglicherweise formale Gründe gehabt habe, gebe es in diesem Bereich noch eine Menge Nachholbedarf.

Abg. **Svenja Stadler** (SPD) fragt nach, ob die Stellen vor oder nach der Übernahme der Leitung des BAMF durch Herrn Weise ausgeschrieben worden seien.

Herr **Norbert Grehl-Schmitt** (Förderverein Pro Asyl) antwortet, dass die beiden Ausschreibungen im Juni und Juli gewesen seien, also noch vor dem Amtsantritt von Herrn Weise.

Frau **Birgit Bursee** (Freiwilligenagentur Magde-

burg) erklärt, sie habe vorhin versäumt, die Frage nach der Finanzierung der Freiwilligenagentur Magdeburg zu beantworten. Das Problem sei, dass Freiwilligenagenturen in Deutschland überwiegend keine Grundförderung hätten. Die meisten würden nur mit einem Minimalbeitrag von der Kommune unterstützt. In Magdeburg mache diese Unterstützung lediglich 8 Prozent des Budgets aus. Den Rest sammle man sich über Projektförderungen bei Bund, Land und Stiftungen zusammen. Der hierfür notwendige Aufwand gehe zu Lasten der zeitlichen Ressourcen, die für die inhaltliche Arbeit an den Themen zur Verfügung stünden.

Abg. **Dr. Rosemarie Hein** (DIE LINKE.) bemerkt, sie habe vorhin vergessen, eine Frage an Herrn Helms zu stellen. In seinem Einführungsvortrag habe er erwähnt, dass man es häufig mit dem Problem des Nachholens von Schulabschlüssen zu tun habe. Sie interessiere, welche Altersgruppe dies betreffe.

Herr **Heinrich Helms** (Bündnis für Flüchtlinge Buchholz) antwortet, dies betreffe vor allem junge Leute Anfang 20, die man beim Nachholen ihres Schulabschlusses besonders unterstütze.

Herr **Norbert Grehl-Schmitt** (Förderverein Pro Asyl) erklärt, er habe vorhin einen Punkt vergessen. Sehr gut einsetzbar im Flüchtlingsbereich seien auch die Freiwilligen des Senior Expert Service. Dabei handele es sich um pensionierte Facharbeiterinnen und Facharbeiter, die besonders in Betrieben, die beispielsweise Flüchtlinge ausbilden wollten, sehr gut verwendbar seien. Sie begleiteten diese z. B. ein paar Stunden in der Woche bei ihrer Ausbildung und erklärten ihnen Dinge, die nicht auf Anhieb von ihnen verstanden worden seien. Dies halte er für ein wesentlich wirkungsvolleres Instrument als den Bundesfreiwilligendienst.

Abg. **Dr. Karamba Diaby** (SPD) spricht sich trotz der geäußerten Kritik am Bundesfreiwilligendienst dafür aus, die zusätzlichen BFD-Stellen mit Flüchtlingsbezug zu nutzen. Nach dem Königsteiner Schlüssel entfielen allein 300 BFD-Stellen auf das Land Sachsen-Anhalt, was keine kleine Summe sei. Er empfehle daher, nach vorne zu schauen und die diesbezügliche Kritik zurückzustellen.



Der **Vorsitzende** dankt den Sachverständigen für ihr Kommen und für ihre sehr informativen und aufschlussreichen Beiträge. Er bitte sie zudem, den Dank der Mitglieder des Unterausschusses für die wunderbare Arbeit, die von den ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern geleistet werde, in ihre jeweiligen Organisationen mitzunehmen. Er sei sich sicher, dass man über dieses Thema heute nicht zum letzten Mal im Unterausschuss gesprochen habe, sondern dass es die parlamentarischen Gremien sowie die Gesellschaft insgesamt in den

kommenden Monaten und Jahren weiter beschäftigen werde, wenn es um Fragen der Integration, der Bildung, der Ausbildung, der Arbeit etc. gehe, die weit über den Bereich des Ehrenamtes hinausreichen.

Tagesordnungspunkt 2

Verschiedenes

Zum Punkt „Verschiedenes“ gibt es keine Wortmeldungen.

Schluss der Sitzung: 18:57 Uhr



Willi Brase, MdB
Vorsitzender

Ehrenamtliches Engagement zur Unterstützung von Flüchtlingen



**Erfahrungen und Einschätzungen der
Freiwilligenagentur Magdeburg**

Magdeburg, 11.11.2015

Freiwilligenagentur Magdeburg

- Informations-, Beratungs- und Netzwerkstelle für bürgerschaftliches Engagement
- Beratung interessierter Bürger/innen zu Engagement-Möglichkeiten
- Unterstützung gemeinwohlorientierter Organisationen im Freiwilligenmanagement
- Entwicklung zielgruppen- und themenspezifischer Engagement-Projekte

Freiwilligenagentur Magdeburg

- Fortbildungs- und Qualifizierungsangebote für Haupt- und Ehrenamtliche
- Engagementpolitische Diskussion mit Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft
- Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit für eine breite Anerkennungskultur
- Wichtiger Ansprechpartner im Engagement für Flüchtlinge

Situation und Anforderungen

- + Große öffentliche Aufmerksamkeit für BE
- + Neue Akteure der Zivilgesellschaft (Willkommensbündnisse)
- + Steigende Zahl von Interessierten, die ein konkretes Engagementfeld suchen
- + Viele Unterstützungsangebote von Menschen, die sich bisher nicht engagiert haben
- + Bewährte Unterstützerstrukturen (Hilfsdienste)

Situation und Anforderungen

- + Vielfältige Willkommenskultur
- + Mehrheit der Bevölkerung mit klaren Statements gegen Rechtsextremismus
- + Integration als gesellschaftliche Entwicklungschance
- + erstmals echte Berührungspunkte von Verwaltung zum Thema Ehrenamtliches Engagement

Situation und Anforderungen

- Unübersichtliche, sich schnell verändernde Situationen (Ankunft, Unterbringung)
- Viele Unklarheiten (Zuständigkeiten, konkrete Ansprechpartner/innen, Erreichbarkeit, Entscheidungsebenen, Verbindlichkeit)
- Viele offene Fragen, unbearbeitete Anliegen
- Unterstützungsangebote aus der Bevölkerung, die nicht genutzt werden (können)

Situation und Anforderungen

- Unmut über Dominanz des Themas gegenüber anderen Problemen (Obdachlosigkeit, Pflege, Bildungschancen usw.)
- mangelhafte Informationspolitik, fehlende Kommunikation (z.B. bei neuen Unterkünften)
- Viel „Futter“ für Argumente rechter Gruppen
- Oft gestellte Frage: „Wer übernimmt DIE Koordination ehrenamtlichen Engagements für Flüchtlinge?“

Situation und Anforderungen

- Flüchtlingsthema ist keine Flutkatastrophe
- langfristige Strategien und Strukturen zur Integration notwendig (trotz akuter Handlungsnot)
- Netzwerkaufgabe von Politik und Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft, die neue Formen der Zusammenarbeit fordert
- Gesellschaftliche Debatte über anstehende Veränderungen notwendig

Rolle der Freiwilligenagentur

- Ehrenamtliche Unterstützung von Flüchtlingen als Schwerpunktthema
- Sensibilisierung von Politik und Verwaltung für Möglichkeiten und Formen bürgerschaftlichen Engagements, Beratungs- und Qualifizierungsangebote
- Diskussion über Aufgaben, die Ehrenamtliche übernehmen können/sollen/wollen

Rolle der Freiwilligenagentur

- Beratung und Vermittlung von interessierten Freiwilligen in aktuelle Engagementfelder
- Sammlung, Aufbereitung und Veröffentlichung von (tages)aktuellen Informationen für Interessierte im Themenfeld
- Qualifizierungsangebote und Austauschtreffen für Ehrenamtliche (z.B. Sprachlehrer/innen, Integrationshelfer/innen)

Rolle der Freiwilligenagentur

- Stärkung der Willkommensbündnisse und -initiativen in den Stadtteilen
- Entwicklung von Netzwerk- und Kooperationsprojekten zur Unterstützung ehrenamtlichen Engagements
- Unterstützung von Organisationen zur Entwicklung von Integrationsangeboten
- Trägerübergreifende Moderation von Prozessen und Veranstaltungen

Vorschläge der Freiwilligenagenturen

- Investition in Strukturen, die Netzwerk- kompetenzen haben und BE langfristig fördern können (Freiwilligenagenturen)
- Stärkung der Netzwerkarbeit auf verschiedenen Ebenen (Willkommensbündnisse, Integrations- netzwerke, Stabsstellen, Runde Tische, Werkstätten)
- Förderung bewährter Formate (BFD, Paten- schaften, Stadtteilprojekte) und Mut für neue Ideen

Vorschläge der Freiwilligenagenturen

- Konkrete Ansprechpartner/innen in Verwaltung für Anliegen der Zivilgesellschaft
- Orientierung auf nachhaltige Lösungen, jenseits des „Katastrophen-Managements“
- Schutz ehrenamtlichen Engagements vor Verstaatlichung, Missbrauch, Monetarisierung (sorgsamer Blick auf BFD)

Vorschläge der Freiwilligenagenturen

- Verantwortungsvolle, vorausschauende, menschliche Politik im Zusammenspiel mit allen Akteuren
- Kommunikation gesellschaftlicher Veränderungen, gute Informationspolitik
- Anerkennung bürgerschaftlichen Engagements als Wert an sich

Ehrenamtliches Engagement zur Unterstützung von Flüchtlingen

Freiwilligenagentur Magdeburg

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit,
Ihr Interesse und Ihre Nachfragen!



info@freiwilligenagentur-magdeburg.de

Unterausschuss
"Bürgerschaftliches Engagement"

UA-Drs. 18/042

Die Johanniter-Unfall-Hilfe



David Kreuziger

Landesvorstand im Landesverband Berlin/Brandenburg



DIE JOHANNITER
Aus Liebe zum Leben



Johanniter-Unfall-Hilfe

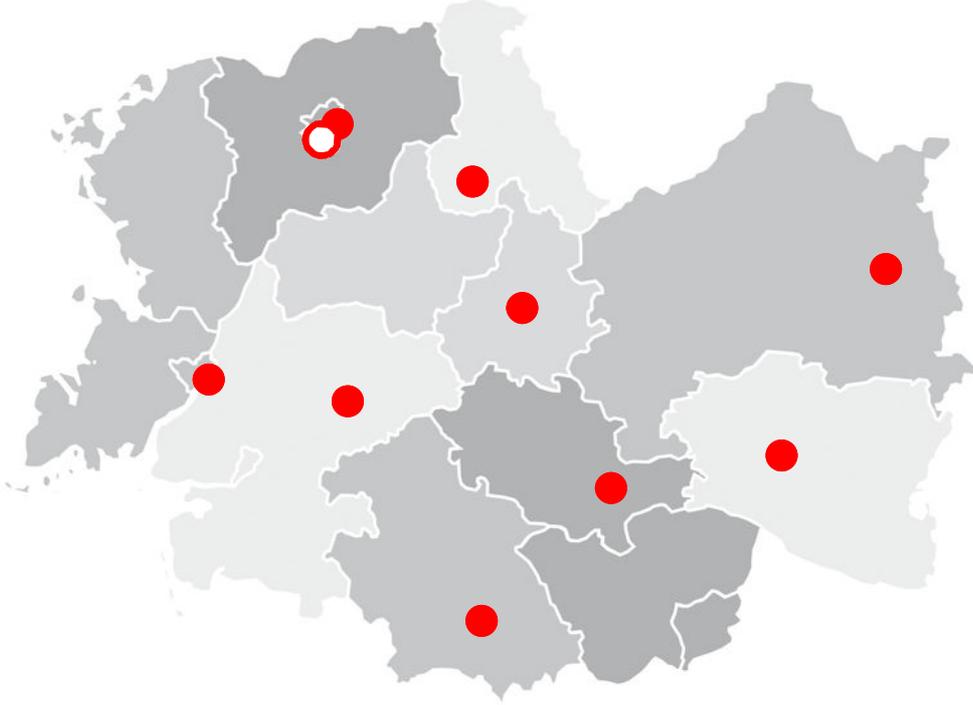
Die Johanniter-Unfall-Hilfe e.V., eine der größten Hilfsorganisationen Deutschlands, ist ein Werk des evangelischen Johanniterordens.

Seit Jahrhunderten bildet die Hilfe von Mensch zu Mensch das zentrale Motiv der Johanniter.





Die Landesverbände



Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.
Bundesgeschäftsstelle, Berlin
LV Berlin/Brandenburg, Berlin
LV Sachsen, Leipzig
LV Sachsen-Anhalt/Thüringen, Erfurt
LV Bayern, Unterschleißheim
LV Baden-Württemberg, Stuttgart
LV Hessen/Rheinland-
Pfalz/Saar, Butzbach/Nieder-Weisel
LV Nordrhein-Westfalen, Köln
LV Niedersachsen/Bremen, Hannover
LV Nord, Hamburg



**DIE
JOHANNITER**

Aus Liebe zum Leben

10.11.2015

Die Johanniter-Unfall-Hilfe



Die Johanniter-Unfall-Hilfe

Stärke durch Engagement:

- Mehr als 16.000 Hauptamtliche
- Rund 31.000 Ehrenamtliche, darunter 8.300 Mitglieder der Johanniter-Jugend
- Rund 13.000 aktive Jugendliche
- Mehr als 1,3 Millionen fördernde Mitglieder
- Über 300 Regional- und Ortsverbände bundesweit





Die Johanniter-Unfall-Hilfe

... betreut aktuell an 110 Standorten ca. 40.000 Flüchtlinge

- Mit aktuell ca. 600 ehrenamtlichen (JUH) und 1.600 hauptamtlichen Mitarbeitern
- Hierbei werden beinahe alle satzungsgemäßen Aufgabenfelder der JUH eingebunden (u.a. Kats, SanD, RettD, Bildung, Betreuungsdienstleistungen, Verwaltung, Jugendarbeit, Presse,...)



Art der Einrichtungen (Auswahl):

- Zentrale Erstaufnahme
- Notunterkünfte
- Übergangseinrichtungen
- Gemeinschaftsunterkünfte
- Einrichtungen für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UmF)
- Sonstige Einrichtungen

10.11.2015

Die Johanniter-Unfall-Hilfe





Die Johanniter-Unfall-Hilfe

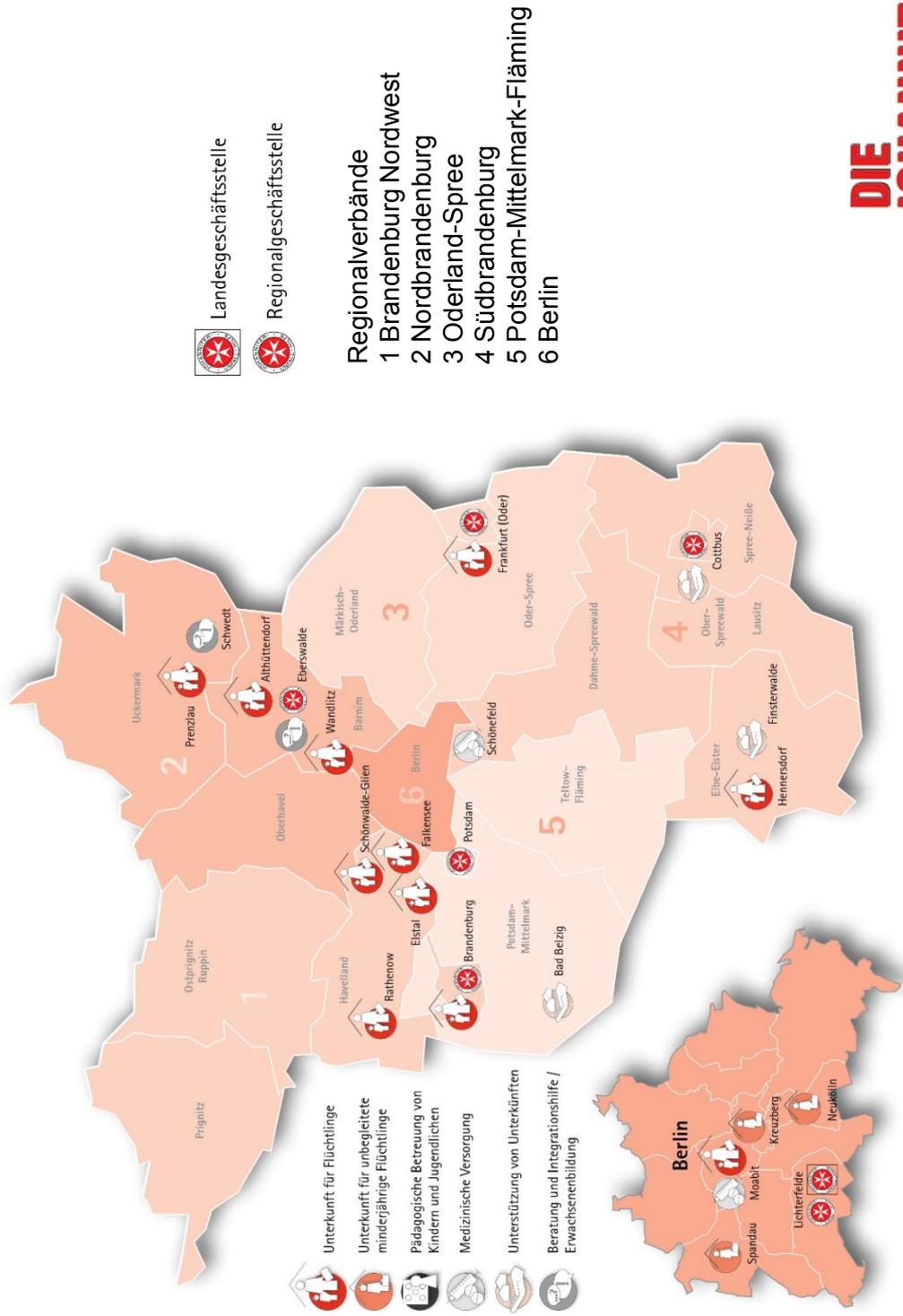
Umfang der Leistungen in der Flüchtlingshilfe (Auswahl):

- Aufbau einer Notunterkunft/Einrichtung
- Betrieb einer Notunterkunft/Einrichtung mit allen Leistungen
- Medizinische Betreuung/-Versorgung
- Pädagogische Betreuung/Begleitung
- Psychosoziale Betreuung
- Clearingverfahren
- Integration & Bildung





Einrichtungen zur Betreuung von Flüchtlingen der Johanniter im Landesverband Berlin/Brandenburg





Initiativen und Zusammenarbeit



Brandenburg zeigt Herz
...weil es um Menschen geht!

z.B.. „Brandenburg zeigt Herz“

Ist eine gemeinsame Initiative der Hilfsorganisationen und Wohlfahrtsverbände gemeinsam mit Brandenburger Bürgerinnen und Bürgern, Vereinen, Verwaltungen, politischen Interessenvertretungen und Wirtschaftsorganisationen.

Und hat sich zum Ziel gemacht, angesichts der Herausforderung um Unterbringung und Integration von geflüchteten Menschen mit einer breit angelegten Initiative den Versuch zu unternehmen, das hohe ehrenamtliche Engagement zu halten und das Verständnis für die Lage der geflüchteten Menschen zu verbreitern.



Initiativen und Zusammenarbeit in der ehrenamtlichen Flüchtlingsbetreuung

- Häufig schnell entstehendes freiwilliges Engagement von ungebundenen Helfern an Standorten zur Flüchtlingsbetreuung mit unterschiedlichen Angeboten (Auswahl):
 - Betreuung/Essenausgabe/Bekleidungsabgabe/Reinigung
 - Registrierung
 - Begleitung zu Behörden
 - Sprachkurse
 - Medizinische Betreuung (Ärzte)
 - Übernahme von Patenschaften
- unmittelbar entstehendes Sachspendenaufkommen direkt an Einrichtungen (z.B. Bekleidung)



10.11.2015

Die Johanniter-Unfall-Hilfe





Herausforderungen der Initiativen und Zusammenarbeit (ehrenamtlichen Flüchtlingsbetreuung)

- Ungebundene Helfer stehen überwiegend sehr begrenzt zur Verfügung, was den Einsatz organisatorisch erschweren kann
 - z.B. nur wenige Stunden am Tag
 - Möglicherweise ein begrenzter Zeitraum durch persönlichen Urlaubseinsatz
 - Ehrenamtliche Johanniter werden durch Arbeitgeber nur begrenzt unterstützt
 - Die Einbindung von Helfern sollte mit Vereinbarung und Selbstauskunft gelingen
- Im Umgang mit unbegleiteten minderjährigen Kindern besteht besondere Sorgfalt beim Einsatz von ehrenamtlichen Helfern (z.B. erweitertes Führungszeugnis erforderlich)
- Zusammenarbeit ist möglicherweise durch starkes Mitwirkungsbedürfnis von Initiativen oder Einzelnen geprägt



Herausforderungen der Initiativen und Zusammenarbeit (ehrenamtlichen Flüchtlingsbetreuung)

Möglichkeiten zur Unterstützung von ehrenamtlicher Flüchtlingsbetreuung:

- Initiativen zur Aufklärung und Stärkung von Ehrenamt (z.B. „Brandenburg zeigt Herz“)
- Freistellung von Ehrenamtlichen für die Flüchtlingsbetreuung (Lohnfortzahlung an Arbeitgeber könnte wie im Kats Fall geregelt werden)
- Ausweitung des § 3 Nr. 26 EStG. Dies zielt insbesondere darauf, dass die in der Flüchtlingshilfe tätigen Ehrenamtlichen überhaupt eine bzw. eine höhere SFN-Vergütung erhalten können





Herausforderungen in der Zusammenarbeit mit Behörden (die ehrenamtliches Engagement beeinträchtigen)

Einrichtung von Unterkünften durch fehlende Abstimmung innerhalb der behördlichen Strukturen der Kommunen an vielen Standorten problematisch (einige Beispiele):

- geeignete Einrichtungen werden nicht genutzt oder stehen nicht zur Verfügung
- späte Auseinandersetzung mit dem Thema Flüchtlingsunterbringung
- fehlende Lösungen für bestehende gesetzliche Normen oder Verwaltungshandeln (z.B. Brandschutz)
- Unberücksichtigter Standard zur Unterbringung von Menschen
- geringe Fallzahlen bei der Registrierung
- Vergabe von Flüchtlingseinrichtungen intransparent
- Haftungsfragen (insbesondere bei Einrichtungen für UmF)

Danke für Ihre Aufmerksamkeit



**DIE
JOHANNITER**
Aus Liebe zum Leben



10.11.2015

Die Johanniter-Unfall-Hilfe

PRO ASYL

DER EINZELFALL ZÄHLT.

Förderverein PRO ASYL e.V., Postfach 160624, 60069 Frankfurt

Deutscher Bundestag
Unterausschuss
"Bürgerschaftliches Engagement"
Sekretariat

Förderverein PRO ASYL e.V.

Postfach 160624 · 60069 Frankfurt/Main
Telefon +49 69 24 23 14 20 · Fax +49 69 24 23 14 72
proasyl@proasyl.de · www.proasyl.de

Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft Köln
BLZ 37020500 · Konto-Nr. 8047300
IBAN DE62 3702 0500 0008 0473 00
BIC BFSWDE33XXX
Gläubiger-ID: DE14FPA00000011939

Frankfurt am Main, 10.11.2015

Stellungnahme zur Anhörung am 11. 11. 2015 um 17:00 Uhr im Jakob-Kaiser-Haus, Sitzungssaal 1.302, Wilhelmstr. 68

Zur Bedeutung des Ehrenamt

Ohne Zweifel spielt **das bürgerschaftliche Engagement** bei der Aufnahme von Flüchtlingen eine besondere Rolle. Es hat den „summer of free choice“ in einer Weise begleitet, die in **hohem Maße bemerkenswert und erfreulich** ist. In vielen Bereichen haben ehrenamtliche Initiativen Defizite staatlicher Stellen entschärft oder zumindest vorübergehend behoben. Das zupackende und tatkräftige Engagement kann für Politik und Behörden ein Ansporn sein, ein humanes und an der Menschenwürde ausgerichtetes Aufnahmekonzept bereitzustellen. Die Ergebnisse der jüngsten Flüchtlingsgipfel haben jedoch dem Ordnungsrecht eine fulminante Dominanz zugestanden und einen Rückfall in eine längst überwundene Abschreckungspolitik bewirkt. Diese Entwicklung wird Wirkung und Auswirkungen auf die ehrenamtliche Arbeit haben. Die bisherigen und geplanten Gesetzesänderungen dürften an der Basis nur schwer zu vermitteln sein.

Spontane und organisierte Hilfe

Um die Aktivitäten und Bedarfe im Rahmen des bürgerschaftlichen Engagements bewerten zu können, unterscheiden wir zwei Arten ehrenamtlicher Aktivitäten. Wir finden auf der einen Seite die spontane Hilfe mit (oftmals) selbst initiiertem und organisiertem Charakter. Die Zusammensetzung der Akteure ist vielfältig und bunt, die jeweiligen Beweggründe sind heterogen und der Organisationsgrad uneinheitlich. Auf der anderen Seite finden wir die „organisierte“ Hilfe, wie sie von Hilfsorganisationen, wie etwa dem MHD, dem DRK, dem THW, dem ASB, u.a., geleistet wird. Sie ist logistisch aufgebaut, in ein (staatliches) Gesamtkonzept eingebettet, kommt auch in anderen Zusammenhängen als der Flüchtlingshilfe zum Tragen und ist schon lange wichtiger Bestandteil ehrenamtlicher Unterstützungsleistungen.

Pro Asyl beschränkt sich in dieser Stellungnahme auf die erste Gruppe; also auf ehrenamtliche Unterstützungsgruppen oder Einzelpersonen mit ihrer vielfältigen und bunten Initiativarbeit im Flüchtlingsbereich. Sie sind in **Kernbereichen der Aufnahme, z.B der Versorgung, der Verpflegung oder der Unterbringung** aktiv. Sie sorgen sich um **Mobilität der Flüchtlinge** oder fördern Flüchtlinge durch **Sprachkurse** und andere Bildungsmaßnahmen. Sie sind oftmals aber auch **anwaltschaftlich aktiv**, z.B. durch Begleitung zu Behörden, Erledigung von administrativen Dingen, Übernahme von Dolmetschungen, usw. . Ihre Aktivitäten zielen dabei auch auf die Verhinderung von Abschiebungen, z.B. über ein Kirchenasyl, durch kreative Blockaden, usw. . Sie haben aber auch – und das ist eine eher neue Ausrichtung – durch Spendenakquise dafür gesorgt, dass Flüchtlinge in Staaten weiterreisen konnten, die Zielland ihrer Schutzgesuche werden sollte.

Fortbildungs- und Informationsbedarfe

Aus der Beratungspraxis von Pro Asyl und der Landesflüchtlingsräte lässt sich ableiten, dass in der ehrenamtlichen Flüchtlingshilfe ein **hoher Fortbildungsbedarf** besteht, der sich weitgehend aus der Komplexität und Kompliziertheit der asyl- und sozialrechtlichen Sachverhalte ergibt. Pro Asyl und die Landesflüchtlingsräte haben darauf mit einem Ausbau der **Telefon – und Online – Beratung** reagiert. Gegenwärtig gehen bei Pro Asyl in einer Arbeitswoche annähernd 1.000 Anrufe ein. Ein wesentlicher Teil kommt aus der ehrenamtlichen Flüchtlingshilfe. Die Situation bei den Landesflüchtlingsräten ist ähnlich. Das Personal arbeitet am Limit und ist nicht annähernd in der Lage, alle Anfragen umfassend zu beantworten. Es wird davon ausgegangen, dass die Situation in den Flüchtlingsberatungsstellen der Wohlfahrtspflege und der Kirchen ähnlich angespannt sein dürfte. Es fehlen für diese Unterstützungsbedarfe **Finanzierungsmodelle aus öffentlichen Mitteln**.

Ergänzt werden die genannten Beratungsinstrumente durch **Fortbildungsangebote**, die die Landesflüchtlingsräte für Initiativen und ehrenamtliche Einzelpersonen durchführen. Der Bedarf an solchen Angeboten kann in vielen Bundesländern nur rudimentär gedeckt werden. In einigen wenigen Bundesländern ist die Angebots-dichte insbesondere dank öffentlicher Finanzierung größer; eine flächendeckende, bzw. ausreichende Angebots-dichte existiert jedoch nirgendwo. Es werden also auch hier **dringend Finanzierungsmodelle aus öffentlichen Mitteln** benötigt.

Positiver sieht es bei der **Bereitstellung von Informationen** aus, die durchaus umfassend und ausreichend erfolgt; sei es durch Webseiten oder Newsletter von Pro Asyl und den Landesflüchtlingsräten, sowie eine zeitnahe Bereitstellung aktueller Sachverhalte über mailing lists.

Vernetzung

Insbesondere in den letzten Monaten ist ein **deutlich gestiegenes Bedürfnis** der Initiativen und Einzelpersonen **nach Vernetzung** festzustellen, um sich v.a. über die konkrete Situation vor Ort, über Möglichkeiten und Grenzen des eigenen Engagements, aber auch über Strategien des gemeinsamen Handelns auszutauschen. Auf Landesebene wird diese Vernetzungsarbeit durch die Landesflüchtlingsräte initiiert und begleitet. Wenn auch noch lose und unzureichend, so bilden sich **regional wie**

überregional neue Vernetzungsstrukturen. Sie sind ein wichtiges Mittel für eine mittel-, bis langfristige Verstetigung der neu entstandenen Strukturen in der ehrenamtlichen Flüchtlingshilfe. Es sei daran erinnert, dass es genau diese Vernetzung war, die in den späten 80er- und frühen 90er-Jahren zur Gründung von Flüchtlingsräten und lokalen Vereinen in der Flüchtlingshilfe führte. Strukturen, die noch heute bestehen und dazu beitragen, **die ehrenamtliche Flüchtlingshilfe „am Leben zu halten“.** Pro Asyl ist optimistisch, dass Teile der neuen Bewegung die Arbeit der Flüchtlingsräte und örtlichen Initiativen nachhaltig beleben werden. Es wäre jedoch falsch, von außen in diese Prozesse steuernd eingreifen zu wollen, ohne dass dies ausdrücklich gewünscht wird. Viele Ehrenamtliche sind zum ersten Mal in ihrem Leben in der Flüchtlingshilfe aktiv und legen großen Wert darauf im Rahmen ihrer Struktur und Anbindung **Hilfe selbst zu initiieren und zu organisieren.**

Ehrenamt ersetzt keine staatlichen Pflichtaufgaben

Ehrenamtliches Engagement kann darüber hinaus weder eingefordert werden noch kann und darf es staatliche Pflichtaufgaben ersetzen. *Wenn in Erstaufnahmeeinrichtungen Kleinkinder ohne Schlafsäcke in kalten Zelten oder sogar auf dem Boden schlafen müssen (NOZ, 07.09.2015), dann ist es nicht (primär) Aufgabe der Ehrenamtlichen zu entsprechenden Sachspenden aufzurufen, sondern Pflicht staatlicher Stellen oder entsprechend durch den Staat beauftragter Dienstleister die Versorgung – v.a. präventiv – vorzunehmen. All das war im Kontext der Aufnahme von Aussiedlern ein übliches Verfahren. So wies beispielsweise der Nds. Landesrechnungshof – in einer kritischen Bewertung – in seinem Bericht vom 08.08.2003 darauf hin, dass im damaligen Grenzdurchgangslager Bramsche-Hesepe tausende Garnituren Bettwäsche und Handtücher eingelagert seien, obwohl die Einrichtung kaum noch Bewohner/innen aufweise. Es ist ganz offensichtlich, dass vieles, was in den 80er- und 90er-Jahren bei der Aufnahme von Aussiedlern üblich war, heute erst wieder aufgebaut werden muss. Das ist und bleibt aber eine staatliche Pflichtaufgabe.*

Gleiches gilt für die Versorgung der Flüchtlinge „vor Ort“, also in den Kommunen. Leider kommt es immer vor, dass die von Ehrenamtlichen bereit gestellten Sachleistungen von Kommunen als bedarfsmindernd definiert und staatliche Unterstützungsleistungen gekürzt werden. Unabhängig von der rechtlich fragwürdigen Praxis, **werden Ehrenamtliche weder eine flächendeckende und gleichermaßen „gerechte“ Versorgung mit Sachspenden gewährleisten können und auch nicht wollen.** Dies führt am Ende zu Konflikten und Missstimmungen zwischen Flüchtlinge und Ehrenamtlichen, sowie unter den Flüchtlingen selbst.

Anfang September 2015 musste in einer Erstaufnahmeeinrichtung eine Spendenaktion mit einem Großaufgebot von Polizei befriedet werden, nachdem ehrenamtliche Helfer Sachspenden von der Ladefläche zweier LKW aus in die wartende Menge warfen (!) und es dabei zwischen mehreren hunderten vor den Spenden-LKW wartenden Flüchtlingen kam. Die ehrenamtlichen Helfer/innen verließen daraufhin fluchtartig das Gelände.

Abstimmung zwischen Ehrenamt und Hauptamtlichkeit

Diese – sicherlich gut gemeinte, aber schlecht gemachte – Aktion zeigt exemplarisch, dass es losgelöst vom Wunsch nach einer selbst organisierten ehrenamtlichen Hilfe

sinnvoll ist, **Steuerungselemente zur Koordination und Abstimmung ehren- und hauptamtlicher Aktivitäten** in der Flüchtlingshilfe einzurichten. Nützlich scheinen vor allem so genannte Stabstellen, z.B. in der Arbeitsverwaltung zu sein, die einen engen Kontakt zu den örtlichen (ehrenamtlichen) Vernetzungsstrukturen halten und Maßnahmen miteinander (z.B. im Sprachkursbereich) abstimmen.

Im **Praxisfeld „Bildung und Arbeitsmarkt“** ist die Gefahr groß, dass durchaus vorhandene staatliche Unterstützungsinstrumente nicht genutzt werden und stattdessen Flüchtlinge in „privaten“ Maßnahmen gefördert werden. So hält sich in der Öffentlichkeit und eben auch in der ehrenamtlichen Flüchtlingshilfe das hartnäckige Gerücht, Asylsuchende dürften keine Sprachkurse besuchen und erst nach der Anerkennung ihrer Asylanträge arbeiten. Verweise auf bestehende Möglichkeiten des Spracherwerbs (u.a. über Maßnahmen aus Bundes- und Landesprogrammen des ESF) finden dann oftmals nicht statt.

Der vermeintlich grundsätzliche Arbeitsmarktausschluss führt oftmals in Angebote nachbarschaftlicher Hilfen oder zur Vermittlung in Arbeitsgelegenheiten nach dem AsylbLG, die dann über kleine „Geldgeschenke“ den Schuldendruck der Flüchtlinge lindern oder den Flüchtlingen eine Beschäftigung bieten sollen. Auf der Strecke bleiben arbeitsmarktliche Aktivitäten, die individuell und Ziel gerichtet den Blick auf eine Arbeitsmarktintegration ausrichten. *Wenn junge Asylsuchende über Monate hinweg für Soziale Kaufhäuser Möbel schleppen, ohne dass ein fachgerechtes Profiling durch die Arbeitsagentur oder andere Fachstellen erfolgt ist und sich danach wegen anhaltender Rückenbeschwerden beim Arzt melden, dann läuft etwas grundlegend schief.* Es ist deshalb unabdingbar, die Arbeitsagenturen in die Pflicht zu nehmen und sie an ihren Beratungsauftrag zu erinnern. Gleichmaßen ist es aber auch **sinnvoll, ehrenamtliche Fachkräfte aus den Bereichen Bildung und Arbeit (Lehrer/innen, Handwerker/innen, usw.) in Regelangebote der Arbeitsverwaltung und des Bildungsbereiches einzubinden.** Allerdings wird eine solche Einbindung nicht ohne staatliche Finanzierung, z.B. Honorarmittel auskommen.

Ausweitung des BFD

Mit Skepsis betrachtet Pro Asyl die Pläne der Bundesregierung, wonach der Bundesfreiwilligendienst (BFD) mehr in die Arbeit mit Flüchtlingen einbezogen werden soll. Wichtiger erscheint es, die hauptamtliche Flüchtlingssozialarbeit zu stärken. Es wäre vielmehr zu überlegen, inwieweit junge Menschen, insbesondere Flüchtlinge selbst, die sich in der ehrenamtlichen Flüchtlingshilfe engagieren, zu motivieren, sich für eine professionelle Tätigkeit in der Flüchtlingshilfe zu interessieren. Verbunden mit entsprechenden Qualifizierungsangeboten in Studiengängen der Sozialen Arbeit wäre so eine **Verbindung zwischen freiwilligen Engagement und notwendiger professioneller Tätigkeit** geschaffen.

Uneingeschränkte Wertschätzung

Natürlich darf an dieser Stelle nicht verschwiegen werden, dass die beschlossenen und geplanten Gesetespakete zukünftig vielen Flüchtlingen den Zugang zu staatlichen Unterstützungsinstrumenten versperren werden. **Ehrenamtliche Flüchtlingshilfe kann und wird hier weiterhin und quasi als Gegenpol für staatliche Desintegration**

Unterstützung für die Menschen leisten, die von dieser Ausgrenzung betroffen sind. Es wäre falsch, diesem Engagement nicht dem gleichen Wert beizumessen, den das „staatlich nützliche“ Engagement erfährt.

Vor dem Hintergrund **zunehmender brutaler rechtsterroristischer Umtriebe**, aber auch latentem und deutlich artikuliertem Rassismus ist *„ein gesellschaftlicher Schutzraum rund um Flüchtlingsheime“* (Karl Uwe Heye, Berliner Zeitung, 03.11.2015) vonnöten. Menschen, die sich öffentlich und couragiert gegen Rechtsextremismus und Rassismus stellen, brauchen jedoch eindeutige und wirkungsvolle Signale, dass staatliche Institutionen uneingeschränkt hinter ihnen stehen. Leider ist das nicht der Fall. Es drängt sich immer wieder der Eindruck auf, dass die flüchtlingsfeindlichen Stimmen eher als besorgte Bürgermeinungen und die politisch engagierten Menschen als Störenfriede bewertet werden. Hier **fehlt es allzu deutlich an einer breiten politischen Unterstützung dieses bürgerschaftlichen Engagements.**

Norbert Grehl-Schmitt
Förderverein Pro Asyl e.V.